Posener Tageblatt



Bezugspreis Ab 1. 7 1932 **Postbezug** (Polen und Danzig) 4.39 zł. **Posen Stadt** in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 zł, durch Boten 4.40 zł. **Provinz** in den Ausgabestellen 4 zł, durch Boten 4.30 zł. Unter **Streifband** in Polen u. Danzig 6 zł. **Deutschland und übrig. Ausland** 2.50 Rm. **Einzelnummer** 0.20 zł. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275 Telegrammanschrift: Tageblatt: Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — **Anschrift für Anzeigenaufträge:** „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207 915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.



72. Jahrgang | **Donnerstag, 5. Januar 1933** | **Nr. 4**

Programm der Ratstagung

Die vorläufige Tagesordnung für die auf den 23. Januar einberufene Ratstagung des Völkerbundes ist jetzt veröffentlicht worden. Sie besteht aus 27 Punkten. Die für Deutschland wichtigen Fragen sind folgende:

1. Die endgültige Ernennung des Danziger Oberkommissars;

2. der Bericht des dreigliedrigen Ausschusses über das anzuwendende Verfahren im Falle einer „Action directe" eines Völkerbundsmitgliedes;

3. die Berufung der Freien Stadt Danzig vom 20. November gegen den Entschluß des Oberkommissars, betreffend Zollfragen und Einfuhrkontingente.

Auf der Tagesordnung stehen ferner sieben Minderheitenfragen, darunter:

1. die Agrarreform;

2. ein polnisches Gesuch, betreffend den Schutz der polnischen Fortbildungsschulen in Deutschoberschlesien;

3. eine neue Eingabe des Bundes der Polen zu den Wahlen des Preußischen Landtages im April; drei Gesuche von Privatpersonen, ein Gesuch des Deutschen Volksbundes. Alle diese Punkte betreffen Deutschoberschlesien.

Vorläufige Einstellung der französisch-amerikanischen Besprechungen?

London, 4. Januar.

Einer „Exchange"-Meldung aus Washington zufolge hatte der französische Botschafter gestern eine Besprechung mit dem stellvertretenden Staatssekretär Castle, nach deren Beendigung der Botschafter erklärte, daß weitere französisch-amerikanische Besprechungen bis nach Amtsantritt Roosevelts aufgeschoben werden würden.

Protestschritt in England

A. **Warschau,** 4. Januar. (Eig. Tel.)

Die polnische Oeffentlichkeit erfährt aus der englischen Presse, daß die polnische Botschaft in London gestern einen Protest an die englische Regierung wegen einer Auslassung des Londoner Senders in der Silvesternacht gerichtet hat, und zwar hat der Ansager des Londoner Senders in einer politischen Jahresübersicht, die in der letzten Stunde des alten Jahres gegeben wurde, über Polen erklärt:

„Jetzt durchschreiten wir den polnischen Korridor, der Deutschland in zwei Teile teilt, und begeben uns nach Warschau, der Hauptstadt des neuen Polen, das den dritten Teil seines Staatshaushalts für die Unterhaltung eines riesigen Heeres aufwendet."

In diesen Sätzen erblickt die polnische Regierung nach dem Wortlaut ihrer Note eine antipolnische Propaganda des englischen Senders, gegen die entschiedener Protest erhoben wird.

Die Warschauer Presse orakelt in den Kommentaren ihrer Londoner Berichterstatter über die Urheber dieser vermeintlich antipolnischen Propaganda, und der **„Kurjer Warszawski"** beschuldigt einen der Direktoren der Bank von England, seiner Neigung zu Deutschland dadurch Ausdruck gegeben zu haben, daß er seinen Bruder, der im Aufsichtsrat des Londoner Radios sitze, zu dieser antipolnischen Auslassung des Londoner Senders veranlaßt habe.

Wie verlautet, hat der polnische Protest in Berlin gegen die Königsberger Sendung vom vergangenen Mittwoch weiter keine Folgen gezeitigt. Der polnische Geschäftsträger hat sich am Silvestertage zum Reichsaußenminister begeben und ihm nur erklärt, daß Polen protestieren müsse, daß es aber seine Protestnote erst aufsetze und nachträglich einreichen werde.

Der Krieg im fernen Osten

Besorgnisse in Frankreich und England

Die pessimistischen Voraussagen chinesischer Politiker und der chinesischen Presse für das Jahr 1933 scheinen sich schneller zu verwirklichen, als man geglaubt hat: das neue Jahr war noch keine 24 Stunden alt, als die ersten ernsthaften Kämpfe zwischen Japanern und Chinesen um die Provinz Jehol begannen, und heute, am dritten Tag des Jahres, liegt bereits ein japanisches Ultimatum an die chinesische Regierung vor. Von der Beantwortung dieses Ultimatums innerhalb 24 Stunden wird es abhängen, ob der seit Monaten nur noch mit Mühe vermiedene offene chinesisch-japanische Krieg noch einmal verhütet werden kann.

Die Ereignisse haben in den letzten 24 Stunden ein rasendes Tempo eingeschlagen. Sowohl Chinesen als auch Japaner hatten in den letzten Wochen Truppen an der Grenze zwischen dem neuen Staat Manschukuo und der chinesischen Provinz Jehol angesammelt: die Japaner unter der Begründung, die Grenzen Manschukuos schützen zu müssen, die Chinesen mit der Behauptung, einem geplanten weiteren Vormarsch der Japaner entgegentreten zu müssen. Die Spannung im Grenzgebiet war ins Unerträgliche gestiegen. Wie es aber zum Ausbruch und zu den neuen Kämpfen, die um Shanhaikwan konzentriert sind, gekommen ist, läßt sich im Augenblick einwandfrei noch nicht feststellen.

Die Chinesen behaupten, daß die japanischen Militärbehörden am Sonntag von der Stadtverwaltung die Räumung der ganzen Stadt durch die chinesische Zivilbevölkerung verlangt hätten. Am Montag früh 2 Uhr sollen die Japaner ihre unmögliche Forderung dahin abgeändert haben, daß wenigstens die chinesischen Truppen die Stadt räumten. Nach Ablehnung auch dieser Forderung durch den chinesischen Oberbefehlshaber Tschansueliang, den Sohn Tschangsolins, hat die japanische Artillerie am Montag mittag das Feuer auf die Stadt eröffnet. Dreißig Granaten fielen innerhalb der Stadtmauern nieder und richteten schweren Schaden an. Außerdem überflog ein japanisches Bombengeschwader die Stadt; ungefähr 100 Chinesen sollen ihren Bomben zum Opfer gefallen sein.

Die japanische Darstellung behauptet, daß der chinesische Vormarsch gegen Manschukuo tatsächlich schon am 26. Dezember, und zwar zunächst in der Stärke von sechs Brigaden, begonnen habe, der unvermeidliche Zwischenfall habe sich am Montag morgen ereignet. Von Chinesen seien vor den Toren Shanhaikwans drei japanische Soldaten und ein Offizier getötet worden. Das hätte die weiteren Kämpfe erst ausgelöst.

Weit von der Interessensphäre entfernt

Was immer der aktuelle Anlaß zu diesen Kämpfen gewesen sein mag: das eine steht fest, daß er sich weit von der japanischen Interessensphäre entfernt und zum Teil schon hinter der großen chinesischen Mauer abgespielt hat. Das mit 24 Stunden befristete Ultimatum zeigt weiter, daß den Japanern an einer friedlichen oder schiedsrichterlichen Lösung des Konfliktes nichts gelegen ist. Sie haben verlangt, daß China innerhalb 24 Stunden volle Genugtuung geben solle; für den Fall, daß diese Genugtuung ausbleibt, werden weitere Schritte angedroht.

Zwar sagt die Note nicht, welcher Natur diese Schritte sein werden, aber nach Lage der Dinge kommt nur die Besetzung der Provinz Jehol und unter Umständen auch die von den Chinesen schon lange befürchtete, der chinesischen Hauptstadt Peking in Frage.

Peking, 4. Januar. (Reuter.)

Meldungen aus zuverlässiger chinesischer Quelle zufolge bestehe Schanhaikwan nur noch aus rauchenden Trümmerhaufen, unter denen die verkohlten Leichen von 500 Soldaten und zahlreichen Zivilisten liegen. Nach weiteren chinesischen Meldungen sollen noch drei japanische Kriegsschiffe in Tscheingwangtau eingetroffen sein.

Pogranitschnaja von den Japanern besetzt

Peking, 4. Januar. (Reuter.)

Wie verlautet, sollen trotz der Bewegungen chinesischer Truppen in der Provinz Tschile die japanischen Militärbehörden davon überzeugt sein, daß Tschanghsueliang nicht beabsichtige, zu kämpfen. Die hiesige japanische Gesandtschaft erklärt, daß Japan bereit sei, ein Kompromiß mit China einzugehen, falls China es ebenfalls wünsche. Aus Charbin wird gemeldet, daß die Japaner die Stadt Pogranitschnaja, die mandschurische Endstation der Ostchinesischen Bahn, besetzt haben.

Besorgnis in England

London, 4. Januar. **Der Ausbruch neuer Kämpfe an der chinesischen und mandschurischen Grenze wird von der Londoner Presse mit Bedauern und Besorgnis besprochen, doch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es sich um einen örtlichen Vorgang handle, der keine weiteren Kreise ziehen wird. Während von sozialistischer und linksliberaler Seite Maßnahmen des Völkerbundes gegen Japan zum Beispiel in Form eines Boykotts befürwortet werden, hält die konservative Presse an der Auffassung fest, daß sich jede Aktion dritter Mächte auf Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens beschränken sollte.**

Erwähnenswert ist eine Aeußerung des **„Daily Telegraph"**, Großbritannien habe keinen Grund, sich mit seinem alten und stolzen Freund und vormaligen Bundesgenossen Japan zu entzweien, **„das mit Recht als Hauptbollwerk gegen den Bolschewismus im Fernen Osten betrachtet wird".**

Französische Stimmen

Besser verstümmelt als entehrt

Paris, 4. Januar. **Die Verschärfung des chinesisch-japanischen Konfliktes nimmt die Aufmerksamkeit der französischen Oeffentlichkeit stark in Anspruch. Die Linkspresse, die die Völkerbundsgrundsätze durch Japan verletzt glaubt, erwartet, daß die französische Regierung von sich aus einen Schritt unternehmen werde. Die Rechtspresse dagegen, die im mandschurischen Konflikt offen für Japan Partei ergreift, sucht für die jetzige Lage den Völkerbund verantwortlich zu machen.**

So erklärt der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"**, durch die Intervention von Genf sei der Streit überhaupt nicht mehr auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt. Die gemäß den Grundsätzen des Völkerbundes vorgenommene internationale Vermittlungsaktion habe nur ein Intrigenspiel heraufbeschworen, dessen Ende man nicht absehen könne.

Im **„Populaire"** erklärt Leon Blum, Frankreich müsse unverzüglich die Initiative übernehmen und den Angreifer brandmarken und entwaffnen, die offiziellen Beziehungen zu ihm abbrechen ihm jede öffentliche und private Unterstützung nehmen und vor allem seinen unerschütterlichen Entschluß proklamieren, niemals eine vollendete Tatsache anzuerkennen. Wenn man darauf hinweise, daß Japan aus dem Völkerbund ausscheiden werde, so sei zu antworten, daß ein verstümmelter Völkerbund immer noch besser sei als ein entehrter.

Rückblick auf die polnische Außenpolitik

E. Jh. Auf allen Neujahrsempfängen war der Grundton der Ansprachen auf die Hoffnung auf eine Verständigung, auf gemeinsame Zusammenarbeit der Völker auf wirtschaftlichem Gebiet, kurz, auf die Herbeiführung eines wahren Friedens abgestimmt. Sehr viel optimistische Zukunftsmusik war da vernehmbar. Auch in der Rückschau auf das Jahr, das hinter uns liegt, glaubte dieser und jener Diplomat freundliche Farben benutzen zu können. Zieht man die Bilanz aus den verschiedenen Jahresrückblicken in den verschiedensten Zeitungen der verschiedensten Länder, so ist überall ein mehr oder minder bitterer Sarkasmus über die schwere Krise feststellbar, die auch der Völkerbund in diesem vergangenen Jahre über sich hat hereinbrechen sehen. Man macht auf den schweren Mandschureikonflikt aufmerksam, der in Genf nur verlegene Debatten und Vertagungsbeschlüsse auslöste, man weist auf den Auszug der deutschen Delegation aus dem Genfer Abrüstungssaal hin, der im Sommer auch die überzeugtesten Freunde des Völkerbundes zum Nachdenken über die Nützlichkeit oder Notwendigkeit dieser Institution in Genf veranlaßte. Der Pariser „Temps" sieht die außenpolitische Bilanz so: Passiv für den Völkerbund und passiv für die Entspannungs- und Verständigungspolitik. An der Schwelle des neuen Jahres liege der Horizont dunkel, und größte Anstrengungen seien nötig, um die gefährdete Lage zu retten. Natürlich denkt diese größte französische Zeitung an die deutsch-französische Verständigung und schiebt die Schuld an der Dunkelheit des Horizontes den Erfolgen der deutschen Außenpolitik zu. Es hat keinen Sinn, mit dem französischen Chauvinismus zu diskutieren, der sich in diesen Zeilen dokumentiert. Aber uns scheint, daß die Gesamtbilanz der französischen Außenpolitik, so wie sie der „Temps" sieht, mit größerer Beweiskraft die Lage zwischen Deutschland und Polen charakterisiert: Die Bilanz für die deutsch-polnische Entspannungs- und Verständigungspolitik erscheint äußerst passiv.

Wir wollen uns nicht auf eine Aufzählung der Wut- und Haßausbrüche in der polnischen Presse einlassen. Eine gewissenhafte Registrierung würde nicht einen Leitartikel, sondern die ganze Nummer einer normalen Tageszeitung füllen. Wir denken vielmehr an die große Linie der außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Es wird immer so sein, daß ein großer Erfolg der deutschen Außenpolitik (wie beispielsweise die Streichung der Reparationen und die Anerkennung der Gleichberechtigung) sich bei der augenblicklichen außenpolitischen Orientierung Polens auf unseren Staat nachteilig auswirken muß.

Die polnische Außenpolitik ist seit 1918 fest an Frankreich angelehnt. An dieser Stelle ist oft darüber gesprochen worden, daß diese Anlehnung Polens an Frankreich gegen Deutschland geopolitisch und wirtschaftspolitisch ein Unding ist, weil sie dem natürlichen Verhältnis dieser beiden Länder widerspreche. Die geopolitischen und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten des deutschen wie des polnischen Staatsraumes drängen nach einer Verständigung der beiden großen Völker. Fragt man nach einer Erklärung für die polnische Anlehnung an Frankreich, so wird man die Erklärung in der polnischen Annahme suchen müssen, daß mit dem Tage von Versailles ein französisches Imperium in Europa aufgerichtet worden ist, ein Imperium, in dem Deutschland keinesfalls mehr als souveräner Staat fungiert, sondern bestenfalls als eine unter französischer Kontrolle stehende Mandatsmacht des Völkerbundes anzusehen ist. Nach dieser Auffassung würde die Verbindung zwischen Frankreich und Polen

also nicht an der deutsch-polnischen Grenze unterbrochen sein, um sich erst an der deutsch-französischen fortzusetzen, sondern diese Verbindung besteht uneingeschränkt (dank der Nichtexistenz eines souveränen deutschen Staates zugunsten des französischen Imperiums) schon an der deutsch-polnischen Grenze. Die Entwicklung Deutschlands zu einem unabhängigen Staate, das in seiner politischen Bewegungsfreiheit nicht von der Gnade Frankreichs abhängig ist, diese Entwicklung, die gerade im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht hat, muß den Sinn eines polnisch-französischen Bündnisses in steigendem Maße in Frage stellen.

Tatsächlich hat die geschichtliche Entwicklung erwiesen, daß Polens außenpolitische Rechnung schon in ihrer Anlage falsch ist. Das wachsende Selbstbewußtsein Deutschlands zwingt die polnische Außenpolitik in demselben Maße in andere Bahnen, wie eine französisch-deutsche Verständigung, die durch die in den allerletzten Tagen gezeitigten und wegen ihrer Anlage höchst bemerkenswerten französisch-deutschen Wirtschaftsabkommen bedeutende Fortschritte macht.

Offenbar hat der neue polnische Außenminister Beck, der an die Stelle des Franzosenfreundes Zaleski getreten ist, die Notwendigkeit einer völligen Umorientierung in der polnischen Außenpolitik erkannt. Dieser Erkenntnis erleichterte die naturgemäße Entwicklung der polnischen und der französischen Interessen in Osteuropa den Weg. Tardieus Bemühungen um eine Donau-Konföderation (um Oesterreich und die Balkanstaaten zu einer Art Zollunion unter französischer Führung zusammenzuschließen) traten in Widerspruch zu den polnischen Bemühungen um Schaffung eines osteuropäischen Agrarstaatenblockes, der die polnische Einflußsphäre in Osteuropa erweitern sollte. Die französischen wie die polnischen Pläne erwiesen sich als undurchführbar und führten zu dem wenig lebenskräftigen Kompromiß der Konferenz von Stresa, wo man sich im September über Zollpräferenzen für Weizen, Futtergerste und Mais einigte und wo Frankreich 75 Millionen Schweizer Franken zur Verfügung stellte, die aber Polen so gut wie gar nicht zugute kamen. Diese erste Verstimmung im polnisch-französischen Verhältnis wurde wesentlich vergrößert durch Frankreichs Weigerung, noch weiter Geld für den Bau der Kohlenmagistrale Oberschlesien—Gdingen herzugeben und nahm schon recht schroffe Formen an, als der damalige Unterstaatssekretär im polnischen Auswärtigen Amt, Oberst Beck, den Abschied der französischen Militärkommission aus Warschau besorgte.

Die Auflockerung des Bündnisses mit Frankreich wurde parallelisiert durch eine empfindliche Störung der Freundschaftsbeziehungen zum rumänischen Bundesgenossen. Dort war durch das plötzliche Eingreifen des bisherigen rumänischen Botschafters in London, Titulescu, das franzosenfreundliche Kabinett Vajda gestürzt und die Verhandlungen zwischen Rumänien und Rußland zwecks Abschluß eines Nichtangriffspaktes abgebrochen worden. Titulescu übernahm die Leitung einer Politik, die auf eine größere Unabhängigkeit Rumäniens abzielt, unter keinen Umständen aber das rumänische Beßarabien Rußland zugestehen will. So sah sich denn Polen veranlaßt, am 27. November den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt durch die Ratifikation unter Dach und Fach zu bringen, um den man genau ein Jahr vorher zu verhandeln angefangen und der schon im Juli zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt hatte.

Die mannhafte und unparteiische Schlichtungspolitik des Grafen Gravina als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig hatte in letzter Zeit in Polen großen Anstoß erregt. Man scheute sich in der polnischen Presse nicht, gegen den italienischen Grafen mit so törichten Anschuldigungen hervorzutreten, wie, er stünde unter dem Einfluß Hitlers. Wahrscheinlich nicht ohne den Einfluß der nationalistischen Presse erfuhr die polnische Danzig-Politik auch offiziell eine bedeutende Verschärfung seit der Ersetzung Ministers Straßburgers durch den früheren polnischen Generalkonsul in Königsberg, Papee, der noch schärfere Methoden anwandte, um den polnischen Einfluß in Danzig zu verstärken. In dem Streit um den Danziger Veredlungsverkehr gab es dann allerdings einen von höchster internationaler Stelle gegebenen Entscheid, der der Danziger Auffassung im großen ganzen recht gab. Auf den Vorstoß Polens gegen die Danziger Währung (der Zloty sollte auf dem Gebiete der Danziger Eisenbahnen zwangsweise eingeführt werden) folgte ein freiwilliger peinlicher Rückzug, um einer Untersuchung des Juristenkomitees des Völkerbundes aus dem Wege zu gehen. Ein besonderes Verdienst an dieser Einigung hat der Däne Rosting, der nach dem Tode des Grafen Gravina (19. September) vom Völkerbunde mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Danziger Hohen Kommissars beauftragt wurde.

Stehen also auf der Passivseite der polnischen Außenpolitik des Jahres 1932 so gewichtige Posten wie die Auflockerung des Bündnisverhältnisses zu Frankreich und Rumänien und Mißerfolge in der Danziger Politik, können auf der Aktivseite außer dem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nur der Prestigeerfolg der Wiederwahl in den Völkerbundsrat und erste Versuche der Belebung der polnischen Beziehungen zu der Tschechoslowakei, zu Bulgarien, zu Litauen, Estland und Lettland verbucht werden. Aber von Erfolgen kann hier noch keine Rede sein, höchstens von Ansatzpunkten, die sich in einem Falle, nämlich im Falle Litauen, völlig zerschlagen haben. Alle Versuche, auch von privater litauischer Seite, für eine Freundschaftspolitik mit Polen (und d. h. allerdings auch für einen Verzicht auf das von Litauen zu Unrecht geforderte Wilna) Stimmung zu machen, wurden von offizieller litauischer Seite nur mit Entrüstung beantwortet.

Wieweit Polens Weigerung der Zahlung der Dezemberrate der Kriegsschulden einen Erfolg bedeutet, wird erst die Zukunft lehren, wenn Amerikas neuer Präsident Roosevelt zu der Kriegsschuldenfrage offiziell Stellung genommen hat. Jedenfalls hat sich Polen mit der Nichtzahlung der Rate das stärkste Argument gegen die deutsche Revisionspolitik selbst aus der Hand genommen. Von offizieller polnischer Seite kann man heute nicht mehr erklären, daß Verträge für alle Ewigkeit gültig sind, daß sie unter keinen Umständen korrigierbar sind.

Polens Vorstoß im Namen der „kleinen Mächte" gegen den Fünfmächtebeschluß in Genf, der die deutsche Gleichberechtigung zum Ausdruck bringt, scheint von Frankreich inspiriert zu sein, das wohl andeuten möchte, daß sich bei der bevorstehenden praktischen Regelung der Frage der Gleichberechtigung vielleicht noch Schwierigkeiten ergeben könnten. Um so verwunderlicher erscheint der zunächst noch private Vorstoß Polens gegen die Minderheitenschutzbestimmungen, wird doch von polnischer Seite argumentiert, wenn man Deutschland die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen zugesteht, haben wir, denen im Gegensatz zu anderen Staaten Minderheitenschutzverpflichtungen auferlegt sind, ein gutes Recht zu fordern, daß auch diese Sonderverpflichtungen, die uns „belasten", fallen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen gewiß billig. Aber man kann nicht gleichzeitig gegen die Gleichberechtigung Deutschlands offiziell Stellung nehmen, um gleichzeitig unter Berufung auf diese Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage die Gleichberechtigung auf anderem Gebiete zu verlangen.

Die polnische Regierungspresse müßte plötzlich sehr schlecht informiert sein, wenn der polnische Vorstoß in der Minderheitenfrage auf den nächsten Genfer Tagungen ausbleiben sollte. Es wird sich dann erweisen, wie weit dem Völkerbund, der ja auch noch die harte Nuß des Mandschureikonfliktes, der Regelung der interalliierten Schulden und der praktischen Zuerkennung der deutschen Gleichberechtigung zu knacken hat, noch Lebenskraft genug innewohnt, um in der Minderheitenfrage den einzigen Weg zu finden, den eine Institution finden kann, die den Grundsatz der Gerechtigkeit zum obersten Leitsatz ihres Handelns erhoben haben will: nicht Abbau der Minderheitenschutzverpflichtung, sondern ihr wirksamer Ausbau!

Geheimrat Cuno †

Der frühere Reichskanzler, Geheimrat Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg—Amerika-Linie, ist im 57. Lebensjahre gestorben.

Zum Ableben von Geheimrat Cuno teilt die Hapag mit, daß Dr. Cuno seit einigen Tagen an Anfällen von Herzneuralgie gelitten habe. Der Arzt hatte ihm am Montag geraten, schleunigst einen Urlaub anzutreten. Dr. Cuno war am Dienstag früh im Begriff, sich für eine Urlaubsreise, die er mit seiner Gattin unternehmen wollte, zu rüsten, als ein Schlaganfall seinem Leben ein Ziel setzte.

*

Wilhelm Cuno wurde am 2. Juli 1876 in Suhl (Thüringen) als Sohn eines Beamten geboren. Nach den Universitätsstudien trat er in den Verwaltungsdienst ein und gehörte der preußischen Staatsverwaltung zuletzt als Vortragender Rat im Finanzministerium an. Während des Krieges bearbeitete er kriegswirtschaftliche Angelegenheiten, war Leiter der Reichsgetreidestelle und stand nachher an leitender Stelle bei der Organisation des Kriegsernährungsamtes. 1916 wurde ihm im Reichsschatzamt das Hauptreferat für kriegswirtschaftliche Fragen übertragen. Im Winter 1917 verließ Cuno den Reichsdienst und trat in den Vorstand der Hamburg—Amerika-Linie über. Nach dem Tode Ballins wurde er dort am 12. 12. 1918 Generaldirektor.

Als solcher hat er als erster deutscher Reeder nach dem Kriege Anschluß an Amerika gesucht. Die vielseitige wirtschaftliche Tätigkeit, die Cuno als Generaldirektor der Hamburg—Amerika-Linie zu entfalten hatte, brachte es mit sich, daß er auch Mitglied der Hamburger Handelskammer und des Reichswirtschaftsrates wurde und bei vielen Gesellschaften, namentlich solchen des Verkehrswesens, im Aufsichtsrate mitwirkte.

Auch von der Reichsregierung wurden seine umfassenden wirtschaftlichen Kenntnisse auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsdienst vielfach in Anspruch genommen. So wirkte Cuno als Sachverständiger zunächst bei den Waffenstillstandsverhandlungen, insbesondere bei den Verträgen über die Handelsflotte und bei der Konferenz von Genua mit. Im November 1922 nach dem Rücktritt des Kabinetts Wirth bildete er als Reichskanzler ein „Kabinett der Arbeit", das nach dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet (Januar 1923) die Politik des passiven Widerstandes organisierte, die jedoch im August 1923 wieder aufgegeben werden mußte. Cuno trat am 12. 8. 1923 zurück. Es folgte ein Kabinett Stresemann.

Im Mai 1926 trat er dann wieder in den Vorstand der Hapag als Vorsitzender des Direktoriums ein.

Beisetzung des Reichskanzlers a. D. Dr. Cuno am Freitag in Ohlendorf

Hamburg, 4. Januar. Reichskanzler a. D. Dr. Wilhelm Cuno wird am Freitag auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt werden. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Unterredung v. Schleicher - Braun

Landtag und Reichstag

Die bevorstehende Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und dem Reichskanzler v. Schleicher wird neben anderen Möglichkeiten der Lösung der Preußenfrage, insbesondere die Frage der legalen Wahl eines neuen Ministerpräsidenten für Preußen und demzufolge die Beendigung der kommissarischen Regierung als Thema der Erörterung haben.

Sollte eine Neuwahl des Ministerpräsidenten gemäß den gesetzlichen Bestimmungen nicht zustandekommen, so dürfte mit der Auflösung des Landtags auch unabhängig vom künftigen Schicksal des Reichstags zu rechnen sein. Zwangsläufig würde sich allerdings bei der Notwendigkeit neuer Preußenwahlen eine Auflösung des Reichstags kaum vermeiden lassen.

Der am 4. Januar unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Esser zusammentretende Aeltestenrat wird sich voraussichtlich entgegen dem beabsichtigten Antrag der Kommunisten und Sozialdemokraten auf einen früheren Einberufungstermin, auf den 17. Januar als Termin für den Zusammentritt des Reichstags einigen.

Die Reichsregierung hat bezüglich des Termins der Einberufung des Reichstags keine besonderen Wünsche und ist bereit, gleich nach Eröffnung des Reichstags eine Regierungserklärung abzugeben und darüber in eine Debatte einzutreten. Andererseits legt die Regierung besonderen Wert darauf, daß die Frage der Einstellung der Parteien zum Regierungsprogramm auf Grund der Debatte ohne weitere Verzögerung geklärt wird und nicht eine Vertagung des Reichstags die grundsätzlichen Fragen in der Schwebe läßt.

Im Reichstag wie im Landtag wird die Stellungnahme der Nationalsozialistischen Partei ausschlaggebend für die Entscheidung sein.

Strandung des Eisbrechers „Malygin"

Moskau, 4. Januar.

Der Eisbrecher „Malygin" lief drei Meilen vor Spitzbergen auf eine Sandbank auf. Der Eisbrecher „Lenin" eilt zu Hilfe.

*

Longyearcity (Spitzbergen), 4. Januar.

Nach Meldungen, die hier von russischer Seite eingelaufen sind, erfolgte die bereits gemeldete Strandung des russischen Eisbrechers „Malygin", der unterwegs von Rußland nach den russischen Kohlengruben in Spitzbergen war, am 29. Dezember, am Eingang des Eisfjords. Die Wiederflottmachung des Eisbrechers war noch nicht möglich. Die Passagiere sollen sämtlich wohlbehalten sein.

Kopenhagen, 4. Januar.

Der „Malygin" ist in voller Fahrt im Dunkel der Nacht auf einen Eisberg gerannt und hat dabei ein großes Leck erhalten. Sofort nach dem Unglück wurden SOS-Rufe ausgesandt, die von den Funkstationen an der Eismeerküste aufgefangen wurden. Die Funkstationen haben während der Nacht in funkentelegraphischer Verbindung mit „Malygin" gestanden, jedoch hörten Dienstag morgen die Signale plötzlich auf. Man befürchtet daher, daß der Eisbrecher im Sinken ist. An Bord des „Malygin" befinden sich über hundert Mann Besatzung.

Brand eines französischen Ozeanriesen

Die Mannschaft von Bord gegangen

Paris, 4. Januar. **Vom Leuchtturm von Le Havre wird gemeldet, daß der 40 000 Tonnen große französische Ozeandampfer „Atlantique", der ohne Passagiere von Pauillac nach Le Havre unterwegs war, zwischen Cherbourg und Le Havre Feuer fing und von der Besatzung geräumt wurde.**

Einzelheiten fehlen, doch scheint die Tatsache, daß die Mannschaft von Bord gegangen ist, darauf hinzudeuten, daß der Ozeanriese verloren gegeben werden muß.

Eisenbahnunglück bei Lille

Paris, 4. Januar.

Bei Lille sind gestern zwei Arbeiterzüge zusammengestoßen. 18 Arbeiter sind ziemlich erheblich verletzt worden.

Aus der polnischen Diplomatie

In polnischen Diplomatenkreisen werden für Mitte Januar wichtige Veränderungen erwartet, die noch vor der Abreise des Außenministers Beck nach Genf zur Ratssession des Völkerbundes erfolgen sollen.

Neues Wechsel- und Scheckrecht

A. **Warschau**, 4. Januar. (Eig. Tel.)

Durch eine im staatlichen Gesetzblatt „Dziennik Ustaw" erschienene und mit dem 10. Januar in Kraft tretende Verordnung wird das Verfahren über die Zwangsvollstreckung in Wechsel- und Scheckprozessen für das ehemals preußische Teilgebiet abgeändert. Während bisher die Vollstreckung im Wechsel- und Scheckrecht nach dem alten Reichsgesetz durch die Gerichtsvollzieher erfolgt ist, wird mit Wirkung ab 10. Januar das Wechsel- und Scheckvollzugsrecht der übrigen Teilgebiete Polen auf das ehemals preußische Teilgebiet ausgedehnt und das alte Reichsgesetz für Posen und Pommerellen ausgeschaltet. Von diesem Tage ab werden auch Anwälte und Postämter nach dem Gebrauch im übrigen Polen mit der Einziehung von Wechseln und Schecks beauftragt werden können.

Die Lodzer Bombenwerfer

A. **Warschau**, 4. Januar. (Eig. Tel.)

Im Strafverfahren gegen die Lodzer Bombenwerfer wird das entgegengesetzte Verfahren angewandt als gegen die ukrainischen Attentäter von Gródek Jagiellonski. Das Lodzer Bezirksgericht hat beschlossen, die Bombenwerfer nicht vor das Standgericht zu stellen, das sie zweifellos zum Tode durch den Strang verurteilen müßte, sondern sie durch die ordentlichen Gerichte aburteilen zu lassen. Dieser Beschluß wird damit begründet, daß gegen den Hauptangeklagten Kuchciak noch eine Reihe anderer Strafsachen vorliege, für die nur die ordentlichen Gerichte zuständig seien, und daß ein Verfahren vor dem Standgericht dem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten nicht vorgreifen dürfe. Im Lemberger Attentatsprozeß hat bekanntlich die Beschuldigung, daß die Attentäter von Gródek Jagiellonski für die Ermordung des Abg. Holówko verantwortlich seien, welche Sache vor das Lemberger Schwurgericht gehörte, die am Tage vor dem Heiligen Abend Gehenkten nicht vor dem Standgericht gerettet.

Der chinesisch-japanische Konflikt

Peking, 4. Januar. (Reuter.)

Nach einer amtlichen Meldung haben die chinesischen Truppen Schanhaikwan mit der Eisenbahn verlassen. Sie ordnen sich gegenwärtig unter dem Schutz eines Panzerzuges in der Nähe von Tschinwangtau wieder. In Beantwortung der japanischen Note, die ihm die Verantwortlichkeit für alle Folgen des Zwischenfalles aufbürdet, macht Tschanghsuehliang die Japaner für alle Ereignisse verantwortlich und ersucht sie, von nun an alle ihre Mitteilungen an die chinesische Regierung zu richten.

Tokio, 4. Januar. (Reuter.)

Die japanischen Behörden in Nordchina haben Anweisungen erhalten, mit dem Vertreter Tschanghsuehliangs zu verhandeln, um den Zwischenfall von Tschanhaikwan zu lokalisieren. Die japanische Abordnung in Genf wird dem Völkerbund davon Mitteilung machen.

Beskiden

Die Schneeverhältnisse sind leider noch nicht besser geworden. Es können nur Skianfänger üben, und zwar auf der Magura (Clementinenhütte, 1095 Meter) und auf dem Josephsberg (933 Meter). Skikurse finden anstandslos statt.

Posener Tageblatt **Aus Stadt und Land** Nr. 4 Donnerstag, den 5. Januar 1933

Stadt Posen

Mittwoch, den 4. Januar

Sonnenaufgang 8.03, Sonnenuntergang 15.32; Mondaufgang 11.12, Monduntergang 0.45.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 2 Grad Cels. Südostwinde. Barom. 762. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 3, niedrigste — 1 Grad Celsius.

Wasserstand der Warthe am 4. Januar: + 0,04 Meter, gegen + 0,08 Meter am Vortage.

Wettervoraussage für Donnerstag, 5. Januar: Ziemlich mild, vorwiegend bewölkt, ohne wesentliche Niederschläge; schwache Winde aus Süden bis Südwesten.

Teatr Wielki: Mittwoch: „Lakmé". — Donnerstag: Sinfoniekonzert.

Teatr Polski: Mittwoch, Donnerstag: „Dzimbi". Freitag: „Frau Präsident".

Teatr Nowy: Donnerstag: „Unterrock oder Toga".

Komödien-Theater: Mittwoch: Revue. — Donnerstag: „Tanz des Glückes".

Zirkus Olympia: Täglich Weltattraktionen.

Städtisches Museum mit Radio-Abteilung (ulica Marsz. Focha 18): Besuchszeit: Wochentags 10—14 Uhr, Sonn- und Feiertags 10—12½ Uhr. Donnerstag und Sonntag Eintr. frei.

Kino Apollo: „Die blonde Venus". (5, 7, 9.)
Kino Colosseum: „Die Rache des Chinesen". (5, 7, 9 Uhr.)
Kino Metropolis: „Die Wohltäter der Menschheit". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Kino Słońce: „Die Frau aus Monte Carlo". (5, 7, 9 Uhr.)
Kino Wilsona: „Im Westen nichts Neues". (5, 7, 9 Uhr.)

Inventur-Ausverkauf

Kaum sind die Lager und Schaufenster nach den Tagen des Weihnachtsverkaufs einigermaßen in Ordnung gebracht, so beginnt in den ersten Tagen des neuen Jahres in den Saisonbranchen ein eifriges Ordnen, Mustern und Sortieren. Es wird Inventur gemacht. Bestände werden gezählt, gemessen, gewogen, festgestellt, abgeschätzt. Bleistifte, Blaustifte, Rotstifte setzen sich in Bewegung; die alten Preise stürzen um erhebliche Prozente ihres alten Wertes.

Weshalb? Die der Mode unterworfene Ware muß aus den Lagern heraus; sie hat meist für den Kaufmann nur noch Ladenhüterwert, ohne indessen für den Käufer wertlos zu sein. Deshalb fort mit den Bergen unmodern gewordener Bestände, denn neue Ware ist im Anrollen. Das Frühjahr winkt. So sonderbar es auch klingen mag: der kluge Geschäftsmann muß sich schon im Januar, wenn es draußen noch friert und schneit, den Kopf zerbrechen über die Frühlingssaison. Und deshalb verkauft er jetzt seine Bestände zu so niedrigen Inventurpreisen.

Inventurpreise! Preisnachlaß! Preissturz! Lichtreklame, riesige Transparente, grelle Werbetafeln schreien den Beginn der billigen Tage über die Straße. Die Zeitungsanzeigen werben bis in die Stuben, daß auch keine Hausfrau den wohlfeilen Einkauf versäume. Entzückende Auslagen in Schaufenstern und Schaukästen geben eine kleine Auswahl von den zum Inventurausverkauf ausgesetzten Warenmengen.

Und in die Geschäfte strömen viele, denn die klugen Hausfrauen lassen diese Zeit des billigen, wohlfeilen Einkaufs nicht ungenutzt vorüberstreichen. Gerade in dieser Zeit des allgemeinen Sparenmüssens ist ihnen der Inventurausverkauf willkommen als eine Gelegenheit, mit wenig Geld gut einkaufen zu können.

Merkwürdige Kalender

Der jährliche Wechsel des Osterfestes, der für unser Verkehrs- und Wirtschaftsleben oft hinderlich ist, soll durch Fixierung dieses hohen kirchlichen Festes auf einen bestimmten Sonntag beseitigt werden. Somit ist man sich einig, daß Ostern am zweiten Sonntag des April gefeiert werden soll und daß die nötigen Reformen die einzelnen Länder anordnen. Weiter ist man noch nicht gekommen.

Uns und den meisten Völkern ist die Woche mit sieben und der Monat mit rund dreißig Tagen geläufig. Es gibt aber Völker, bei denen wir andere Einteilungen finden. So lebten in Mittelamerika die Tolteken, die im elften Jahrhundert aus Mexiko südwärts wanderten, und auch in das Land der Maya-Indianer auf der Halbinsel Yukatan kamen. Man muß sich wundern, eine wie genaue Zeitrechnung dieses hochkultivierte Volk hatte und welche guten astronomischen Kenntnisse es besaß. Sie kannten keine Wochen zu sieben und Monate zu dreißig Tagen. Ihre Woche hatte fünf und der Monat zwanzig Tage oder vier Wochen. Das Jahr teilten sie in 18 Monate ein, denn 18 mal 20 ist 360, die fünf übrigbleibenden Tage schaltete man am Schluß des Jahres ein. Der Tag begann mit Sonnenaufgang und das Jahr mit Beginn des Wintersolstitiums. Der natürliche Tag und die natürliche Nacht wurden in je vier Teile eingeteilt. Der so angeordnete Jahresanfang ist erklärlicher als bei uns, weil dann gerade die Tage wieder länger werden. Auch an die Schaltjahre dachten die alten Tolteken, Azteken und Mexikaner. Alle vier Jahre legte man einen Monat mit 25 Tagen ein, um so einen Ausgleich zu schaffen. Die Jahresrechnung erfolgte nach Zyklen, die dreizehnjährige Perioden umfaßten. Ein Zeitraum von 52 Jahren, der vier dreizehnjährige Zyklen umfaßte, wurde „großes Jahr" und zwei solche Zeitspannen, also 104 Jahre, „Lebensalter" benannt. Die Zählung begann im Jahre 1091 n. Chr. Am Schluß einer dreizehnjährigen Periode fanden Menschenopfer statt, und in den trockenen Monaten, die in die Zeit unserer Monate Januar und April fielen, brachte man dem Wassergott Opfer. Wir sehen aus den Angaben, daß das mexikanische Jahr mit unserem Sonnenjahr übereinstimmte und dem gregorianischen an Genauigkeit nicht nachsteht.

Ruf nach Sicherheit

Aus Anlaß der Ermordung des Geistlichen Prof. Masłowski bringt der **„Kurjer Pozn."** folgenden Leitartikel, der sich „Die Sicherheitsfrage" betitelt: „Wie wir bereits in der Neujahrsnummer bemerkten, hat die Ermordung des Geistl. Prof. Masłowski, der in der Nähe des Posener Doms um 5½ Uhr nachmittags erschossen wurde, die Bevölkerung tief erschüttert, sowohl im Hinblick auf die Gestalt des jungen und wackeren Kaplans, der das Opfer eines schädlichen Verbrechens wurde, als auch wegen der Tatsache selbst, daß die Ausführung eines solchen Verbrechens unter den Umständen, unter denen es ausgeführt wurde, in unserer Stadt möglich war.

Die Freitag-Tragödie beleuchtet wie mit einem blutigen Fackelscheine das Problem der Sicherheit in Posen und in der Provinz. Mit dem Stande dieses Problems beschäftigen sich lebhaft die Gemüter unserer Bevölkerung, ohne Unterschied der politischen oder sozialen Ueberzeugung; denn daran ist jeder interessiert.

Schon vor einigen Wochen machten wir an dieser Stelle auf die sehr großen Mängel aufmerksam, die bei uns auf dem Gebiete der Sicherheit herrschen, und wir erhoben unsere warnende Stimme, indem wir feststellten, daß man des Abends oder in der Nacht in Posen durch mehrere Straßen gehen kann, ohne einen Schutzmann der Posener Polizei zu treffen. Wer sich um diese Zeit in die Vororte der Stadt begeben muß, und er braucht gar nicht einmal weit zu gehen — es genügt z. B. ein Gang durch die Wallischei nach der Schrodka —, der lernt das Gruseln, auch wenn er kein Feigling ist, bevor er nach Hause kommt.

Das ist eine unhaltbare Sachlage; denn die Bürger des Staates haben das Recht, Sicherheit zu verlangen, — sie haben dies Recht nicht nur aus moralischen, sondern auch aus materiellen Gründen, die sie unter anderem dem Staate Steuern dafür zahlen.

Wendet sich unsere Kritik gegen die Polizei als solche? Nein, sie betrifft das System. Wenn die Polizei übermäßig belastet wird mit Bürden, denen sie nicht gewachsen ist, — wenn ihre Aufmerksamkeit in einer Weise, die früher nicht praktiziert worden ist, von politischen Angelegenheiten in Anspruch genommen wird, — wenn man auch soziale Aufgaben, die ihr gar nicht obliegen, auf ihre Schultern legt (z. B. die Aktion für die Armen), — dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Kräfte der Polizei nicht ausreichen, um der ruhigen Bevölkerung die Sicherheit auf den Straßen der Stadt in den unbedingt erforderlichen Grenzen zu gewährleisten. Jetzt wird sich die Polizei vom Januar ab auch noch mit all dem befassen müssen, was mit der Einführung des neuen Vereinsgesetzes verbunden ist.

In der Oeffentlichkeit ist schon der Gedanke aufgetaucht, eine Bürgerwehr zu organisieren. Wir haben die Hoffnung, daß sich dies als überflüssig erweist, und daß die maßgebenden Stellen selbst die entsprechenden Schlüsse aus den Ereignissen der letzten Zeit, besonders aber aus der erschreckenden Tatsache der Ermordung des Geistl. Prof. Masłowski in der Nähe des Posener Doms, ziehen werden.

Das verlangt das Wohl der Bürger, das verlangt das Interesse der Stadt und der Wojewodschaft, das verlangt der gute Name Posens und Großpolens."

*

Den Ausführungen des „Kurjer Pozn." — die sich nicht gegen die stark überlastete Polizei richten — können von uns unterschrieben werden. Es ist tief bedauerlich, und die Polizeibeamten selber empfinden diese Tatsache deutlich, daß jetzt der Posener Bürger nicht so geschützt werden kann, weil die Beamten mit dem Innendienst zu stark belastet sind. Die Straßen sind von Schutzleuten befreit, in der Nacht ist es unheimlich, durch die Gassen zu gehen, weil dunkle Gestalten überall umherschleichen. Die Straßenbahnen machen Schluß, bevor z. B. Kinos, Theater, Konzerte usw. zu Ende sind; die Folge ist, daß jeder Bürger von der Dämmerung ab die Straße meidet. Den Schaden trägt die Oeffentlichkeit. Denn die andere Folge ist, daß niemand Konzerte aufsucht, daß die Lokale frühzeitig leer sind. Die weitere Folge ist dann ein weiterer Rückgang der Steuern, und so geht es ohne Ende weiter, über den Gehaltsabbau und die schroffe Einsparung auf allen Gebieten, die natürlich alles Leben lahmlegt. Kleine Ursachen, große Wirkungen. Es muß etwas geschehen. Das Recht auf Sicherheit kann jeder Bürger fordern. Die maßgebenden Stellen, die ja praktisch sich selber von den gegenwärtigen Zuständen überzeugen können, müssen im Interesse der öffentlichen Sicherheit einen Ausweg finden.

*

Der „Dziennik Poznański" ist anderer Meinung

In seiner gestrigen Ausgabe nimmt der „Dziennik Poznański" zu obigen Ausführungen des „Kurjer" folgendermaßen Stellung:

„Der gestrige „Kurjer Poznański" hat unserer Polizei wieder eine Reihe von Vorwürfen gemacht, die der Grundlage entbehren. Wir müssen solchen Standpunkt als nicht gemeinsinnig bezeichnen. Es ist doch bekannt, daß sich die Sicherheitsverhältnisse in einer Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Not verschlimmern. Dies wird im Winter noch bedrohlicher. Die Posener Polizei ist an den Kampf um die Besserung der Sicherheitsverhältnisse mit voller Energie herangegangen. Das Aufgebot ist vergrößert worden, man hat die Zahl der Patrouillen verstärkt. Außerdem nimmt die Polizei durch Damen aus der Polizeifamilie an der Hilfsaktion für die Arbeitslosen teil, damit die Masse der notleidenden Opfer der Krise in der Uniform des Polizisten auch — einen Menschen sieht, der ein Herz hat. Nicht nur die Verkörperung eiserner Volksdisziplin. Der „Kurjer Pozn." behauptet, daß die Polizei mit — politischen Aufgaben belastet wird. Richtig! Aber ist es die Schuld der regierenden Stellen, daß die Nationaldemokratie die Seelen der Jugend mit solchen Parolen vergiftet hat, die die Politik auf die Straße gehen heißen, Transparente zerstören und Scheiben in Geschäften einschlagen, die Juden verprügeln, Unruhe stiften usw.? Wir erinnern uns doch sehr gut, daß die Polizei stets in der Zeit von Straßenkrawallen, die von Anhängern des „Lagers des großen Polen" provoziert wurden, überlastet war.

Und noch eins. Wenn der „Kurjer Pozn." Tag für Tag in seinen Spalten die Regierung und die Staatsbehörden anschwärzt, wenn er mit seinen defaitistischen Artikeln das Gefühl einer Geringschätzung der Behörden verbreitet, wenn ihn z. B. der Empfang von Neujahrswünschen durch den Staatspräsidenten nicht interessiert, anarchisiert er dann nicht indirekt die Massen? Vorwürfe können leicht gemacht werden; noch leichter läßt sich sagen, daß die Polizei zu nichts nutze sei, aber sehr schwer ist es, in der Bevölkerung eine Stimmung zu schaffen, in der die Arbeit der Polizei erleichtert wird.

Wir waren erbittert und entrüstet über die Tatsache, daß es zu der Ermordung eines ehrwürdigen Kaplans, verdienten Religionslehrers und großen Wohltäters kommen konnte. Aber wir haben geschwiegen, weil wir wußten, daß die energische Untersuchung der Polizei bereits auf der Spur der Täter war. Unsere Erwartungen haben sich erfüllt, die Täter wurden festgenommen. Die Polizei hat getan, was ihr gebührt; sie tat es mit derselben Tüchtigkeit, mit der sie jegliche Vergehen verfolgt, und mit der sie sich bemüht, dem Verbrechertum entgegenzuwirken. Der Bevölkerung, namentlich aber der Presse, kommt es jetzt zu, durch Verbreitung des Gefühls der Volksdisziplin und durch Respektierung der Autorität der Behörde — der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern. Was die Presse betrifft, so ist dies eine undankbare, weil unpopuläre Aufgabe. Leichter ist es nämlich, Popularität zu gewinnen, wenn man über alles schimpft und klagt, als wenn man objektiv sein will. Von der Erfüllung dieser wenn auch unpopulären Aufgaben werden wir aber nicht abgehen, in der Ueberzeugung, daß die vernünftigen Kreise der Oeffentlichkeit unseren guten Willen verstehen und entsprechend einschätzen werden."

*

Soweit der Dziennik. Unserem Gefühl nach umgeht er die Wirklichkeit. Die Polizei ist schließlich in erster Linie zum Schutz des Bürgers geschaffen. Daß die Einwohner Posens beim Durchwandern der Straßen vergeblich nach diesem Schutz Ausschau halten, scheint dem Organ in der Poststraße bisher völlig entgangen zu sein. Dieser Zustand ist aber, wie schon gesagt, nicht der Polizei als solcher zum Vorwurf zu machen, sondern dem System.

Beisetzung des ermordeten Geistlichen Prof. Masłowski

Ganz Posen stand gestern unter dem Eindruck der Beerdigung des durch Mörderhand gefallenen Geistlichen Prof. Masłowski. Mehr als 100 Geistliche mit dem Bischof Dymek an der Spitze, das übrige Trauergefolge mit verschiedenen Abordnungen und eine große Volksmenge gaben dem Toten das letzte Geleit. Der Leichenzug gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie Posen selten erlebt. Eine erhebende Trauerrede hielt Prälat Dr. Rolewski in der Jesuitenkirche, in der gestern vormittag ein Trauergottesdienst zelebriert wurde. Auf dem St. Martinfriedhof in der ul. Bukowska sprach nach Verrichtung der üblichen Gebete der Geistliche Dr. Piotrowski die letzten Worte am offenen Grabe.

Worte zur Winterhilfe

Die Not unseres armen Volkes mitfühlen, stärkt Trieb und Kraft, ihr zu begegnen.

Superintendent Barczewski-Soldau, Verbandsdirektor des Verbandes Deutscher Genossenschaften für die Wojewodschaft Pommerellen.

Blutiges Liebesdrama

X Gestern in den Abendstunden spielte sich in der Gartenstraße 13 eine Liebestragödie ab, der zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen. Die bei dem 26jährigen Studenten Bogumil Dembiński zu Besuch weilende Lehrerin Stefanja Gnalicka aus Bartschin erschoß ihren Bräutigam und verübte hierauf Selbstmord. Die sofort hinzugerufene Aerztliche Bereitschaft fand die beiden in einer Blutlache bereits leblos vor. Die Ursache dieses Dramas ist bisher nicht bekannt.

Wieder ein Ueberfall

Der bei der Firma Siemens beschäftigte 19jährige Hans Czarnecki hatte gestern in Glowno Materialien abzuliefern. Um sich den Weg abzukürzen, ging er die Schienen der Bahn Posen—Glowno entlang. Auf dem Rückweg wurde er von zwei Männern, die ihm offenbar gefolgt waren und annahmen, er hätte eine Rechnung kassiert, nach Geld gefragt und sofort niedergeschlagen. Eine Stunde später wurde er von Passanten aufgefunden und mittels der ärztlichen Bereitschaft nach der Rettungsstation gebracht. Gefährliche Verletzungen hat er glücklicherweise nicht erlitten. Gestohlen wurde ihm sein Portemonnaie mit 1,85 Złoty Inhalt. Die Wegelagerer hatten ihm auch den Mantel und andere Kleidungsstücke entwendet, später aber wieder fortgeworfen; die Sachen wurden in der Nähe des Ortes des Ueberfalls aufgefunden.

Deutsche Uebersetzung der Ausführungsverordnung zum Spiritusmonopolgesetz

Im Verlage der Geschäftsstelle Posen der deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten für Posen und Pommerellen, Poznań, Waly Leszczyńskiego 3, ist die Verordnung des Finanzministers vom 10. 9. 1932 über die Ausführung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 11. 7. 1932, betr. das Spiritusmonopol, die Versteuerung der Essigsäure und Hefe sowie den Verkauf alkoholischer Getränke (Dz. Ust. Nr. 88, Poz. 746) in deutscher Uebersetzung erschienen und zwar in drei Nummern 25—27 zu einem Bande vereinigt. In der Uebersetzung sind auch sämtliche Formulare und Vordrucke enthalten.

Der Bezugspreis für die Uebersetzung beträgt 10,50 Złoty.

Neue Zigaretten- und Zigarrenpreise

Ab Neujahr sind folgende neue, billigere Preise für Zigarren und Zigaretten eingeführt worden:

Zigarren

Regalia 2,30, Delicias 2,20, Coronas 1,20, Favoritas 65, Pro Patria 1, El Aliento 90, Hawana 65, Ratuszowe 65, Belweder 55, Commerciales 55, Excelsiores 50, Brytanika 40, Kopernik 40, Wawel 40, Trabuko 35, Kuba 30, Sennora 30, La Pintura 25, Soledad 23, Portoriko 20 Gr.

Zigaretten

Nil 25, Gabinetowe 15, Triumf 12,5, Złota Pani 10, Egipskie przednie 9, Ariston 7,5, Egipskie 6,5, Silesia 6, Pomorski Rarytas 3,5, Śląski Rarytas 3,5, Wisła 2, Dames 9, Pani 7, Maden 6, Obstalunkowe 6, Ergo 5, Prezydent 4,5, Grand Prix 4, Klub 4, Damskie 3,5, Radjo 2,5, Wanda 1,5, Egipskie przednie odnik. 10, Egipskie odnik. 7,5, Ergo odnik. 6 Gr.

Pfeifentabak

Spezial 1 Kilo 40 Zł.

Holzversorgung des Wohlfahrtsdienstes

Bestellungen nimmt entgegen:

Wichernhaus, Droga Dębińska 1a, Tel. 1185;

Wohlfahrtsdienst, Waly Leszczyńskiego 3, Telephon 2157;

Landesverband für Innere Mission, Fr. Ratajczaka 20, Telephon 3971.

Personalwechsel beim „Kurjer". Wie die Presse meldet, ist aus der Aktiengesellschaft „Drukarnia Polska" in Posen, in der der „Kurjer Poznański" gedruckt wird, der bisherige Direktor Edward Pawlowski, der dort zwölf Jahre tätig war, am 1. Januar ausgeschieden. Er nimmt die Bromberger Filiale der genannten Druckerei in eigenen Besitz. Dem „Dziennik Poznański" zufolge soll das Ausscheiden des Direktors Pawlowski, dessen Unternehmungsgeist und Energie der „Kurjer Pozn." seine frühere Entwicklung zu verdanken habe, mit dem Rückgang der Abonnenten des „Kurjer" zusammenhängen. Direktor Pawlowski soll sich nicht mit der gegenwärtigen Taktik der Redaktion des „Kurjer" einverstanden erklärt haben, die die Leser unlustig gemacht hätte, dieses Blatt weiter zu lesen.

X **Standgerichtsverhandlung.** Die Verhandlung gegen Bartoszewski und Genossen wegen versuchten Raubmordes an der Frau Twardowska, Bergstraße 10, findet am 10. d. Mts. vor dem hiesigen Standgericht statt. Zur Verhandlung werden Eintrittskarten verausgabt, die am 5. und 7. d. Mts. im Gerichtssekretariat Zimmer 63 vormittags 11 Uhr beantragt werden müssen. Die Ausgabe dieser Karten erfolgt am 9. d. Mts., vormittags 11 Uhr in demselben Zimmer.

X **Selbstmord.** Gestern in den Abendstunden verübte in seiner Wohnung, Mühlenstraße 9, der pensionierte Professor Mieczyslaus Ostrowski, der Inhaber einiger Posener Antiquariate und in die Bücherdiebstalsaffäre verwickelt war, Selbstmord, indem er sich in die Badestube einschloß, die Gashähne öffnete und die Pulsadern aufschnitt. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

X **Vorsicht vor einem Betrüger.** Ein bisher unbekannter junger Mann, etwa 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß, blond, pockennarbig, besucht die Restaurateure, Bahnhofswirte in der Stadt Posen sowie in der Provinz, stellt sich dort als Zbigniew Raczyński, Beamter der Finanzkammer, vor und verspricht die Niederschlagung der auferlegten Steuern, wobei er sich für die benötigten Stempelmarken verschiedene Beträge zahlen läßt und auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Vor diesem Betrüger wird gewarnt.

X **Festnahme eines Kümmelblättchenspielers.** Wegen Veranstaltung von Glücksspielen wurde Stanislaus Myszor festgenommen.

X **Während der Flucht angeschossen.** Um sich seiner Festnahme zu entziehen, flüchtete der wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle gesuchte Edmund Antkowiak bei Sicht eines Schutzmanns. Da er auf die Halterufe nicht achtete, gab der Polizeibeamte einige Schüsse ab, die ihn leicht verletzten. Er wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

X **Wegen Uebertretung der Polizeivorschriften** wurden 24 Personen zur Bestrafung notiert. Außerdem wurden sechs Personen wegen verschiedener Vergehen verhaftet.

Wochenmarktbericht

Auf dem heutigen Wochenmarkt am Sapiehaplatz waren Angebot und Nachfrage zufriedenstellend, die Preise im allgemeinen wenig verändert. Die für Molkereierzeugnisse geforderten Preise waren: Tischbutter 1,30—1,50, Landbutter 1,10—1,20, Weißkäse 30, das Liter Sahne 1,20, Milch 20; für die Mandel Eier zahlte man 1,80—2,30. Der Gemüsemarkt brachte Rosenkohl zu 20—25, Grünkohl 20—25, Wruken 10, Mohrrüben 10—15, Kohlrabi 15—20, rote Rüben 10—15, Zwiebeln 10, Spinat 30—35, Erbsen 20—30, Bohnen 20—25, ein Köpfchen Blumenkohl 40—60, größere 1,20—1,40, ein Kopf Rotkohl 15—25, Wirsingkohl 20—25, Weißkohl 15—20, Sellerie, Petersilie 10—15; für ein Pfund Aepfel forderte man 0,40—1,00, für Haselnüsse 1,30—1,40, Walnüsse 1,50, Kürbis 15, Backobst 90—1, Backpflaumen 80—1,30, Zitronen das Stück 10—20, Apfelsinen 50—1,00. — Der Geflügelmarkt war reich beschickt, auch die Nachfrage recht lebhaft. Man zahlte für Hühner 2,50—3,50, Enten 3,50—4, Gänse je nach Größe 8—9, das Pfund 1,00, Tauben das Paar 1,60—1,80, Hasen 4—4,50. — Die Fleischstände zeigten ebenfalls eine reiche Auswahl zu folgenden Preisen: Schweinefleisch 90, Rindfleisch 80—1,30, Kalbfleisch 90—1,40, Hammelfleisch 80—90, roher Speck 90, Räucherspeck 1,20, Schmalz 1,25—1,30, Kalbsleber 1,30, Schweineleber 90. — Auf dem Fischmarkt waren Hechte zu 80—1,00, Karpfen 1,10—1,20, Weißfische 35—50, grüne Heringe 45, Schleie 1,20, Zander 1,20, Karauschen 1, Barsche 80—1,00. Räucherfische und Heringe kosteten 20—35 das Stück. — Der Blumenmarkt war mäßig beschickt.

Filmschau

Kino Słońce: „Die Frau von Monte Carlo".

Lil Dagovers rassige Erscheinung haben wir in Posen lange nicht zu sehen bekommen. Eine Reihe künstlerisch wertvoller Filme, wie „Tartüff", „Kabale und Liebe", „Richter von Zalanea", „Tiefland" und viele andere als deren Hauptdarstellerin sie sich in der ganzen Welt große Erfolge holte, sind hier in Posen leider nicht gezeigt worden. Im Film „Frau von Monte Carlo" wird sie sich eine neue Schar von Bewunderern erobern. Wer diese warme verhaltene Stimme hört, dieses offene freie Lächeln sieht, diesen feinen Spott, der nie gehässig wirkt, immer erheiternd, wird ihr alle Sympathien entgegenbringen. Der Film ist technisch und darstellerisch von großer Wirkung. Auf die Handlung selbst kann aus Platzmangel nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls wird hier mit Sudermannscher Technik gearbeitet. So die Szene, in der Lil Dagover als Gattin des Kommandanten sich in der Kabine eines Offiziers befindet, jeden Augenblick die Entdeckung befürchtend. Es klopft — ihr Gatte — nein, es war nur ein Matrose, — es klopft wieder — gesteigerte Spannung — er war es wieder nicht! Nun naht das Verhängnis in Form ihres Feindes (ein abgewiesener Verehrer) — er „spürt" ihre Anwesenheit, — nein, noch nicht — es ist noch einmal geglückt, er entschwindet, — erlöst will man aufatmen — noch einmal reißt er die Tür auf und hätte sie — beinahe — entdeckt; aber nur beinahe. Aber die Zigarette mit dem Pomadenrest verrät alles! Als dramatisch sehr wirkungsvoll ist dann noch die Gerichtsszene zu erwähnen. Leider hat auch dieser Film, wie ja die meisten in Posen gezeigten, den Nachteil, daß 90 Prozent dem Gang der Handlung kaum folgen können, weil wahrscheinlich nur 10 Prozent die englische Sprache soweit beherrschen, um den Sinn zu begreifen, die anderen 90 Prozent sind auf das Lesen der Texte angewiesen, die oft das Bild bis zur Hälfte decken und die Aufmerksamkeit von der Darstellung ablenken. Es wäre sicher ein Vorteil für die Kinobesucher, auch für den Kinobesitzer, wenn Filme gebracht würden, wo das Verhältnis ein umgekehrtes wäre. Wenn 90 Prozent folgen könnten und nur 10 Prozent auf textliche Erklärungen angewiesen sind.

Wojew. Posen

Lissa

k. **Seinen Verletzungen erlegen. Das Opfer des tragischen Vorfalls in der Neujahrsnacht ist am gestrigen Dienstag früh um 8 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verstorbene, Ludwig Brettschneider, war 23 Jahre alt.**

k. **Die Direktion des hiesigen Schlachthauses gibt bekannt,** daß die Schlachtung von Schweinen aus Privatbesitz gegen die normale Gebühr nur an jedem Montag, Dienstag und Freitag erfolgt. An den anderen Wochentagen muß die doppelte Schlachtgebühr bezahlt werden. Unter den Begriff Privatbesitz fallen in diesem Falle nicht die Fleischereien.

Jarotschin

fk. **Die Polizei arbeitet.** Vor etwa 2 Wochen wurden aus dem Magazin des Kreiswegebauamts größere Mengen Draht und Blech gestohlen. Nunmehr gelang es der Polizei nach eifriger Arbeit, die Diebe festzustellen und ihnen den Raub abzunehmen. Da die Untersuchung jedoch noch im Gange ist, werden nähere Einzelheiten sowie die Namen der Diebe geheimgehalten.

Mogilno

ü. **Ueberfall.** Als vor einigen Tagen die Tochter des Gärtners Karaskiewicz aus Linówiec um ½9 Uhr abends vom Autobus in Orchowo nach Hause ging, wurde sie nicht weit hinter Orchowo plötzlich von 5 Strolchen überfallen, die sich an ihr vergehen wollten. Da sie sich aber mit allen Kräften zur Wehr setzte und Hilferufe von sich gab, mußten die Rowdys von ihrem Vorhaben ablassen. Indem eilte auch schon der Chauffeur Kazimierz Nowak aus Orchowo, der die Hilferufe vernahm, der Ueberfallenen, die noch mit Stöcken gründlich bearbeitet worden war, zur Hilfe. Den Tätern gelang es, unerkannt zu entfliehen, aber die Polizei ist ihnen auf den Fersen.

ü. **Feuer in der Wagenfabrik.** In der Wagenfabrik W. Nest in Gembitz brach abends um 10 Uhr ein Feuer aus. Durch das energische Eingreifen der Feuerwehr gelang es, die besseren Wagen zu retten und das Feuer zu lokalisieren, so daß nur die Lackiererei ein Raub der Flammen wurde.

Netzthal

§ **In der Neujahrsnacht** herrschte hier sehr viel Leben und Treiben. Vor der evangelischen Kirche spielte der Posaunenchor und von dem Turm des Spritzenhauses die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr.

Ritschenwalde

v. **Musikalische Neujahrsfeier.** Auf Veranlassung des Pastors Dr. Adam fanden in Ritschenwalde und Gramsdorf musikalische Neujahrsfeiern in beiden Kirchen statt, wobei der Ritschenwalder Posaunenchor beteiligt war. Das Programm war sehr abwechslungsreich gestaltet worden durch Vorträge der Bläser, Gemeindegesang und Bibelstellen. In seiner Ansprache wies Herr Pastor Dr. Adam auf die Bedeutung und den Wert des Glaubens in der heutigen so bewegten und oftmals von Gott hinwegführenden Zeit hin. Die Gemeinde brachte ihren Dank und ihre Anerkennung durch außergewöhnlich starken Besuch zum Ausdruck. — Vom 5. Januar bis zum 15. Januar ist Herr Pastor Dr. Adam dienstlich verreist. Die Vertretung hat Herr Pastor Rößler aus Rogasen.

v. **Erloschene Schweineseuche.** Da die Schweinepest auf dem Gute Heide-Dobrówka erloschen ist, wurden die Vorsichtsmaßnahmen vom Starosten aufgehoben.

Wirsitz

§ **Vorsätzliche Brandstiftung.** Feuerlärm ertönte am Morgen des 2. Januar gegen 5 Uhr in unserer Stadt. Der Elektromonteur F. Zahowski bemerkte bei dem Hause des Tischlers Antoni Naskret verdächtigen Rauch. Da sich von der Familie des N. auf wiederholtes Klopfen niemand meldete, drang Z. in das Haus ein, ferner alarmierte er die hiesige Freiwillige Feuerwehr, die den Brand bald löschte. In dem kleinen, einstöckigen Hause war an drei Stellen in jedem der Zimmer Feuer angelegt worden. Zu diesem Zwecke waren Spinde, Küchengeräte, Strohsäcke mit Hobelspänen gefüllt und dann mit Petroleum übergossen. Trotzdem wollte die ganze Geschichte nicht so recht brennen, da es an der nötigen Luft fehlte. Nur in einem Zimmer ist ein nennenswerter Brandschaden entstanden. Die sofort eingeleitete Untersuchung der Staatspolizei führte zur Festnahme des vermutlichen Brandstifters, des Dachdeckers Kończewski, der ins hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde. N., der mit seiner Familie seit den Weihnachtsfeiertagen in Wissek wohnt, gestern aber hier weilte, hat die Behörde gleichfalls in Untersuchungshaft genommen. Die wirtschaftliche Not und der Mangel an Aufträgen haben N., der sonst als tüchtiger Handwerker galt, dazu gebracht, das Haus niederzubrennen, um in den Besitz der Versicherungen für Gebäude und Mobiliar zu gelangen.

Czarnikau

c. **Beamtenwechsel.** Anfang Januar d. J. verließ der hiesige Leiter des Katasteramtes, Herr Julius Paczyński, unseren Ort und übernimmt die Leitung des Katasteramtes in Wongrowitz. Herr Paczyński hat das hiesige Katasteramt seit dem Umschwung der politischen Verhältnisse geleitet. Er war dafür bekannt, daß jedermann ohne Unterschied der Nationalität bei ihm jederzeit Rat und Hilfe fand. Die hiesige Meliorations-Genossenschaft hatte ihn zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Zum Nachfolger ist Herr Kataster-Kontrolleur Chmielewski ernannt.

üg. **Falsche Gerüchte.** In den letzten Tagen wurden von verschiedenen Personen in der Stadt und Umgegend mit Bestimmtheit Gerüchte verbreitet, daß in den nächsten Monaten der Kreis Czarnikau aufgeteilt wird, gleichzeitig die Versetzung führender Personen des Kreises bevorsteht und schließlich auch das staatliche Seminar und Gymnasium aufgelöst wird. Die Gerüchte entbehren jeglicher Grundlage, denn, wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist amtlicherseits von solchen Maßnahmen nichts bekannt.

Bromberg

Einen blutigen Neujahrstag erlebte die Ortschaft Wilsche im Kreise Bromberg in der Nähe von Crone. In den Morgenstunden des genannten Tages kam es zwischen den Nachbarn Grochowski und Jankowski zu einem Streit, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Im Verlaufe dieser Schlägerei erhielt Jankowski so schwere Verletzungen durch Schläge mit einem stumpfen Gegenstand gegen den Kopf und durch einige Revolverschüsse, daß er nach kurzer Zeit starb. Auch die anderen Beteiligten und besonders die Familienangehörigen des Jankowski, Anton und Marcel, erlitten Verletzungen. Der Kampf war mit Stöcken, Stühlen und Revolvern geführt worden.

Wojew. Pommerellen

Konitz

Besitzer mit Knecht ertrunken

In der Nacht fuhr der Besitzer Werechowski aus Klonia mit seinem Knecht im Kahn über das Staubecken der Brahe vor Mühlhof, um sich aus dem dort angrenzenden Forst Mühlhof Holz zu holen. Da sie sich beide am anderen Tage nicht einfanden, begaben die Angehörigen sich auf die Suche. Der Kahn, in dem sich Axt und Säge befanden, trieb nicht weit vom jenseitigen Ufer, aber ohne Werechowski und seinem Knecht. Die beiden fand man endlich etwa 6 Meter vom Ufer als Leichen auf. Wahrscheinlich waren sie beide zu gleicher Zeit auf eine Seite des Kahns getreten, wodurch dieser kippte, sie beide in den schweren Winterkleidern in das tiefe Wasser fielen und so den Tod fanden.

Thorn

Die Johanniskirche soll Basilika werden

Die Stadt Thorn feierte in diesem Jahr ihr 700jähriges Bestehen. Aus Anlaß dieses Jubiläums hat der Bischof von Kulm in Pelplin, Okoniewski, an den Papst die Bitte gerichtet, die Johanniskirche in Thorn, die älteste Thorner Kirche, in den Rang einer Basilika zu erheben. Die Johanniskirche, ein herrlicher gotischer Bau, ist ebenso wie die anderen Thorner Kirchen vom Deutschen Ritterorden erbaut worden und birgt die berühmte Thorner Madonna, die deutscher Herkunft ist.

Kongreßpolen

Arbeiter seit 11 Tagen im Hungerstreik

Tschenstochau, 3. Januar. Hier haben die Arbeiter der Fabrik „Papiernia i młyny" zur Abwehr eines Anschlages auf ihren Verdienst zu einem bisher im Arbeitskampfe noch nicht geübten Mittel gegriffen: sie halten die Fabrik besetzt und nehmen keine Nahrung zu sich. Der Konflikt brach deshalb aus, weil die Fabrikleitung den Arbeitern die Löhne um 25 Prozent kürzen und ihnen außerdem das bisher gewährte Kohlendeputat herabsetzen wollte. Darauf sind die Arbeiter am Freitag vor den Weihnachtsfeiertagen in den Streik getreten, wobei sie es außerdem ablehnen Nahrung zu sich zu nehmen. Sie schicken die Familienangehörigen, die ihnen Essen bringen, mitsamt dem Essen wieder nach Hause.

Kommunistischer Maskenball

A. **Warschau,** 4. Januar. (Eig. Tel.)

In Warschau wurden gestern zwei kommunistische Geheimversammlungen ausgehoben. Die eine hatte sich die Form eines Maskenballs gegeben. Unter den maskierten Teilnehmern der vermeintlichen Festlichkeit wurden 25 Funktionäre der Kommunistischen Partei Polens festgestellt, die sämtlich verhaftet wurden. Ferner wurde in einer Garküche des Arbeiterviertels eine kommunistische Versammlung ausgehoben, deren Teilnehmer gleichfalls verhaftet wurden.

Galizien

Notar verhaftet

Krakau, 4. Januar. In Tuchowo bei Tarnow in Westgalizien wurde der Ortsnotar W. Pisarczyk verhaftet, weil er im Verdacht steht, Mißbräuche mit Depositen getrieben zu haben.

Grenzgebiete

100 Jahre Meseritzer Gymnasium

Meseritz, 3. Januar. Das Meseritzer Gymnasium feiert in diesem Jahre sein hundertjähriges Bestehen. Der Tag der Feier, bei der von den Schülern der höheren Klassen „Alcestes" von Euripides aufgeführt werden soll, steht noch nicht genau fest.

Matuschka

Die ungarische Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift gegen Matuschka wegen des Anschlags auf den Expreßzug bei Bia-Torbagy bereits fertiggestellt. Der Massenmörder hat nun aber in Wien eine sechsjährige Strafe zu verbüßen, die wegen eines ähnlichen Anschlags gegen ihn verhängt worden ist, und es ergibt sich die Frage, ob es den Rechtsnormen entspricht, wenn ein Strafgefangener über die Landesgrenze gelassen wird. Darüber ist der österreichische Landesgerichtspräsident Dr. Altmann von einem ungarischen Journalisten befragt worden. Dr. Altmann soll erklärt haben, daß Matuschka auf keinen Fall aus Oesterreich herausgelassen würde; er werde den Ungarn nur „geborgt" werden, und zwar zum Zeichen der Sympathie gegenüber Ungarn, das nicht sechs Jahre warten könne, bis Matuschka seine Strafe abgesessen hat. Bis dahin könnten manche Zeugen gestorben sein oder „vergessen" haben.

Oesterreich hat an die Auslieferung des Eisenbahnattentäters die Bedingung geknüpft, daß Matuschka nach seiner Aburteilung den österreichischen Behörden wieder zurückgegeben werden soll. Was den Fall betrifft, daß Matuschka in Ungarn zum Tode verurteilt wird, so bestehen hierüber entgegengesetzte Versionen. Nach der einen soll ein etwaiges Todesurteil an ihm nicht vollstreckt werden, eine Bedingung, der die ungarischen Behörden zugestimmt haben sollen. Die andere Version lautet dahin, daß Oesterreich im Falle der Todesstrafe auf die Rückkehr des Verurteilten verzichten könne. Das wäre möglich, indem ihm der Rest der Strafe in Oesterreich erlassen würde oder seine Ausweisung in Betracht käme. Oesterreich sei durchaus nicht verpflichtet, für Matuschka Vorteile aus der Tatsache zu ziehen, daß in Oesterreich die Todesstrafe aufgehoben ist. Es könne also der ungarischen Regierung darüber vollkommen freie Hand lassen.

Matuschka wird demnächst an der Grenze den ungarischen Behörden übergeben und nach Budapest gebracht werden. Hier wird er zunächst noch einmal auf seinen Geisteszustand untersucht, worauf die Hauptverhandlung folgt, die voraussichtlich längere Zeit dauern wird. Die deutschen Behörden haben bekanntlich auf die Auslieferung Matuschkas verzichtet und dem zugestimmt, daß er wegen des Jüterboger Eisenbahnanschlags ebenfalls in Ungarn abgeurteilt werde.

Umfrage der deutschen Reichspost über die Art der benutzten Rundfunkempfangsgeräte

Berlin, 4. Januar. Es ist für die Entwicklung des Rundfunks von Bedeutung, zu wissen, in welchem Umfange noch Detektorempfänger in Gebrauch sind. Die deutsche Reichspost ist bei der Beschaffung dieser Angaben auf die Hilfe und das Entgegenkommen der Rundfunkteilnehmer angewiesen. Sie wird bei der nächsten Einziehung der Rundfunkgebühren die erforderlichen Ermittlungen von den die Gebühren erhebenden Briefträgern vornehmen lassen. Festgestellt werden soll, ob der Rundfunkteilnehmer einen Detektorempfänger oder einen Empfänger mit 1—3 Röhren oder einen Empfänger mit mehr als 3 Röhren verwendet. Die Gewinnung möglichst zuverlässiger Angaben ist mittelbar auch für die Rundfunkteilnehmer von Bedeutung. Die deutsche Reichspost bittet, den Briefträgern die gewünschte Auskunft bereitwillig zu erteilen.

Es wird besonders betont, daß die Umfrage nur dem angegebenen Zweck dienen soll.

Kirchliche Nachrichten

Schwersenz. Epiphanias (6. Januar), 9 Uhr: Missionspredigt; 5 Uhr: Bibelstunde. — Sonntag, 8. Januar: 9 Uhr: Predigt, Abendmahl. — Montag, 8 Uhr: Posaunen. — Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde. — Freitag, 8 Uhr: Jungmännerstunde.

Kostschin. 8. Januar, ¾11 Uhr: Lesegottesdienst. Donnerstag, 5 Uhr: Bibelstunde.

Posener Tageblatt

Aus aller Welt

Nr. 4

Donnerstag, den 5. Januar 1933

Geschäft mit Pietät

Millioneneinnahmen der historischen Kriegsstätten an der ehem. Westfront

Von Dr. H. Kahnstedt

„Die Bilanz des Totensonntags ist in diesem Jahr nicht so günstig wie in den Vorjahren," so sagt der Leiter des Kriegsmuseums in G. Und er spielt damit auf das große Geschäft an, das Tausende von Menschen seit Ende des entsetzlichen Völkerringens an den heute schon „historischen" Stätten machen.

Zu diesen Städten gehören nicht allein die vielen hundert Friedhöfe an der ehemaligen Frontlinie, nicht nur die großen Denkmäler, die die Völker ihren gefallenen Söhnen errichten, und nicht die Tafeln mit den Namen derjenigen, die noch nicht aufgefunden wurden. Fast jede Stadt, selbst das kleinste Städtchen, das im Bereich der kriegerischen Operationen lag, ist von den Ausläufern der Alpen herauf bis fast zur Nordsee, hat heute sein „Kriegsmuseum". Und unter den Millionen von Trauernden, die die Gräber ihrer Lieben aufsuchen, und in der Zahl der Neugierigen und Sensationslustigen, die sich an Ort und Stelle eine Vorstellung von den Schrecken des Krieges machen wollen, sind nur wenige, die auf den Besuch dieser Museen verzichten.

Es sind alljährlich Millionen von Menschen, die vor diesen Erinnerungsstücken mit furchtbarer Vergangenheit defilieren — und der Eintritt zu den Museen kostet in der Regel drei bis fünf Franken.

Der Todesgraben

ist unweit Dixmuiden längs der Yser zu finden. Hierher führen, wie zu anderen Schlachtfeldern, regelmäßig die blauen Gesellschaftswagen des großen englischen Reisebüros, das nur eines von den 200 Unternehmen dieser Art ist, die ein Geschäft mit den Kriegserinnerungen machen.

In diesem „Todesgraben", der ebenso gut angelegt wie erhalten ist, können die Besucher über eine Stunde lang spazieren gehen, indes der gesprächige Führer bereitwilligst erzählt, daß man sich in dem Schützengraben befinde, der nach den Ziffern der Gefallenenlisten die meisten Todesopfer des Weltkrieges gefordert habe. Der Eintritt kostet drei Franken, die bisher von rund vier Millionen Besuchern entrichtet wurden.

Der lange Max

ist ein deutsches Schwergeschütz, das in einem Walde in der Nähe von Furnes gezeigt wird. Hierher wurden bisher über anderthalb Millionen Fremde geführt. Sie erfuhren dabei, daß um den Besitz des Geschützes drei große Gefechte geliefert wurden, die mehrere tausend Todesopfer verlangten.

Ein wenig weiter nördlich zeigt man die Stelle, wo der erste Gasangriff einsetzte, der den Gegner so unvorbereitet traf, daß der Angreifer die feindliche Stellung in Besitz nehmen konnte „im Spazierengehen", ohne Widerstand zu finden . . .

„Hier werden noch immer Geschosse gefunden"

An der Somme, wo der Bewegungskrieg zuerst in den furchtbaren Stellungskrieg überging, ist ein verwüstetes Feld zu sehen, in dem noch heute „Geschosse und Tote" gefunden werden. Tausende von Menschen lassen es sich nicht nehmen, dieses Feld zumindest von weitem zu besichtigen. —

Allein in Belgien zählte man in der vergangenen schönen Jahreszeit fast 400 000 Gäste, die die Schlachtfelder und Kriegsstätten besuchten. Schon am Bahnhof der meisten Städte begrüßt den Fremden das übliche Schild: „Besuchet das interessante Kriegsmuseum unserer Stadt!"

Stadt mit 300 Friedhöfen

Ypern, die Stadt, die fast vier Jahre lang täglich unter Geschützfeuer stand, ist umgeben von einem Park von Friedhöfen, rund dreihundert an der Zahl. Darunter hundert deutsche Friedhöfe. Schon am Bahnhof sind deutsche Tanks und Geschütze aufgestellt, um den Besucher auf die Bedeutung dieser Stadt und auf den Besuch der Kriegsstätten hinzuweisen. Und wer das neue Ehrenmal der englischen Gefallenen besichtigt, weiß nicht, ob der Führer größeren Wert auf die Feststellung legt, daß hier 58 000 unbekannte Soldaten ruhen, oder darauf, daß das Monument zweieinhalb Millionen kostete!

Dixmuiden: „Du sollst nicht töten!"

Erschütternd die Erkenntnis, daß noch nicht fünfzehn Jahre nach dem entsetzlichsten aller Kriege ein schwunghaftes Geschäft mit diesen Erinnerungsstätten gemacht wird. Das einzig Gute, daß man allenthalben Kriegsverletzte als Führer findet, von denen etwa neunhundert auf diese Weise ein Unterkommen fanden.

Seltsam, daß nur in Ausnahmefällen der Strom der Besucher auch einmal zu dem flämischen Ehrenmal bei Dixmuiden gelenkt wird, auf dessen hoher Säule in vier Sprachen zu lesen steht: „Nie wieder Krieg!"

Ohne Zwischenlandung um die Erde!

Ein phantastisches Preisausschreiben für Flugzeuge — 50000 Dollars winken — Was Lindbergh dazu sagt

„Die Wright Whirlwind Corporation hat einen Preis von 50 000 Dollar für diejenigen amerikanischen Flieger ausgesetzt, denen es gelingt, unter Benutzung eines Motors der genannten berühmten Motorenbaugesellschaft einen Non-stop-Flug um die ganze Erde zu machen."

Diese Nachricht war kürzlich in der amerikanischen Presse zu lesen, und sie hat verständlicherweise unter dem amerikanischen Fliegerkorps erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Zunächst erschien das Preisausschreiben so phantastisch, daß seine Durchführung praktisch nicht in Frage kommen konnte, aber mittlerweile hat der Plan doch greifbare Gestalt angenommen, so daß zahlreiche bekannte Langstreckenflieger sich ernsthaft mit dem Projekt des Weltrundflugs ohne jegliche Zwischenlandung befassen.

Daß Flugzeuge in der Lage sind, tagelang zu fliegen, ohne zu landen, ist durch die zahlreichen „Tankflüge" in den letzten Jahren einwandfrei bewiesen. Dabei sind ja auch bereits Strecken durchflogen, die den Erdumfang bei weitem überflügeln. Allerdings lagen hierbei die Verhältnisse insofern günstig, als in Abständen von nur wenigen Stunden die Langstreckenmaschine durch ein anderes Flugzeug mit Betriebsstoff versorgt wurde, während bei einem Weltrundflug ohne Zwischenlandung Ozeane und riesige unbewohnte Gegenden überflogen werden müssen, die Maschine also nur in langen Abständen in der Luft „tanken" kann. Hier liegt eine Hauptschwierigkeit, deren Ueberwindung zweifellos bei dem gegenwärtigen Stand der Technik außerordentlich zweifelhaft ist.

Als aussichtsreichster Bewerber erscheint zur Zeit der bekannte amerikanische Langstreckenflieger Oberst Goebel, der Sieger des Flugs von Kalifornien nach Hawai und anderer großer Flugwettbewerbe. Oberst Goebel ist der Ansicht, daß die Technik jetzt im Gegensatz zu dem Stande von vor zwei Jahren so weit sei, daß die Dauer eines Flugs nur von der Versorgung mit Brennstoff abhängig sei. Er glaubt, einen solchen Weltrundflug in weniger als 300 Stunden ausführen zu können.

Die Wettersachverständigen sind allerdings der Meinung, daß ein Weltrundflug ohne Zwischenlandung an den Wetterverhältnissen in irgendeinem Distrikt unter allen Umständen scheitern werde, denn gutes Wetter auf dem ganzen Flug könne auf keinen Fall erwartet werden.

Andererseits müsse der Weltflieger eine ganz bestimmte Route einhalten, da an bestimmten Punkten ja die Tankflugzeuge zur Benzin- und Oelauffüllung aufsteigen müßten. Es brauche nur an einem solchen Ort starker Sturm zu herrschen, und schon werde das Tanken nicht möglich sein und die Maschine zum Niedergehen gezwungen sein. Demgegenüber meint Goebel, daß in einem solchen Falle der Langstreckenflieger funkentelegraphisch das Tankflugzeug nach einem anderen Punkt bestellen müsse; im übrigen müsse das Flugzeug ständig über erheblichen Reservebrennstoff verfügen.

Ob und wann der Weltrundflug ohne Zwischenlandung zustandekommt, ist noch ungewiß. Vorerst ist noch alles im Stadium der Vorerwägung. Oberst Lindbergh wurde von einem Reporter über seine Ansicht über die Durchführungsmöglichkeit und den Nutzen eines solchen Unternehmens befragt. Amerikas berühmtester Flieger ist der Meinung, daß eine gehörige Portion Glück dazu gehöre, um einen solchen Flug restlos zur Durchführung zu bringen. Es sei fraglich, ob die Motorenbautechnik schon weit genug fortgeschritten sei. Man täte besser, noch einige Jahre zu warten, bis insbesondere das Problem des geringen Betriebsstoffverbrauchs gelöst sei. Hinsichtlich des Nutzens äußerte Lindbergh sich in zustimmendem Sinne. Man kenne wochenlange ununterbrochene Autofahrten, die nichts anderes als die Zuverlässigkeit der Motoren und die Güte des Betriebsstoffs beweisen sollten.

Dennoch steht man in Amerika dem Plan im großen und ganzen skeptisch gegenüber, und man befürchtet, daß das Preisausschreiben der Wright Whirlwind Corp. das Leben manches tüchtigen Fliegers fordern wird. Vor allem aber glaubt man auch nicht, daß es unter den gegnwärtigen Verhältnissen möglich ist, ein solches Unternehmen zu finanzieren. Man schätzt die Kosten eines Weltrundflugs ohne Zwischenlandung auf mindestens eine halbe Million ohne Berücksichtigung der Kosten der Maschine selbst. Man hält es für ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit irgendeiner eine solche Summe bereitstellen wird. Andererseits wird nicht verhehlt, daß die Durchführung des Plans eine Sensation ohnegleichen bedeuten würde, die alle bisherigen Flugleistungen bei weitem in den Schatten stellt. **Alfred Kober (New York).**

Goldland Afrika

Die ersten Funde — Wie die Bodenpreise stiegen Transvaal heute

Noch vor sechzig Jahren hatte man da, wo heute die Goldstadt Johannesburg liegt, keine Ahnung, daß die Erde Afrikas goldhaltig sei. Dann aber wurden bei Zimbabwe sonderbare Ruinen gefunden, die Sachverständige als alte, zusammengestürzte Grubenschächte erkannten. Man stellte an Ort und Stelle Grabungen an und fand dabei allerlei sonderbare Instrumente, die augenscheinlich benutzt worden waren, um Steine damit zu zertrümmern. Noch vor hundert Jahren kauften die Portugiesen an den Küsten von den Eingeborenen Goldstaub, dann aber erließ der König Mesilikatze ein Verbot, wonach seine Untertanen den Goldsand im Flußschlamm nicht mehr sammeln und auch die Goldkörner nicht aus den Steinen brechen durften. Er fürchtete, daß die Weißen sonst auf sein Land aufmerksam werden und in dies Gebiet einfallen würden, um sich die Schätze selber zu holen. Aller Goldstaub, der gefunden wurde, mußte demgemäß in die Flüsse geworfen werden, und zwar bei Todesstrafe im Falle der Zuwiderhandlung.

Als die Buren von Süden her einwanderten, fanden auch sie Gold, aber auch sie hielten ihre Funde ängstlich geheim, wenigstens so lange es ging.

Auf merkwürdige Weise wurden schließlich die ersten Goldfunde von Bedeutung gemacht.

Ein Schotte namens Lys kam mit seinem Ochsenkarren von Kapstadt herauf, um bebauungsfähiges Land zu suchen. Als er in die Nähe von Witwatersrand kam, regnete es in Strömen, und der Boden war so aufgeweicht, daß die Räder des Karrens tief einsanken. Die Ochsen konnten demzufolge den Wagen nicht von der Stelle ziehen, und um dem Fuhrwerk weiterzuhelfen, legte der Schotte einige Steine unter die Räder. Da wurde der Wagen wieder flott, die Steine aber waren zertrümmert, und der Schotte sah nun, daß an den Bruchstellen etwas glitzerte. Er füllte seine Taschen mit diesen merkwürdigen Steinen und begab sich nach Prätoria zu dem Geologen Mauch, der schon im Jahre 1867 Gold im Bezirk Tatidi gefunden hatte. Dieser Mann stellte fest, daß die Steine goldhaltig waren. Ohne ihm den Fundort zu verraten, begab sich der Schotte in Begleitung des Holländers Frederik Struben wieder dorthin, fand dann aber, daß die Funde nicht seinen Erwartungen entsprachen; die beiden suchten nun unter großen Entbehrungen und Strapazen weiter. Schließlich waren sie so zerlumpt, daß ihnen die Kleider vom Leibe fielen, und sie hatten ihre Flinten versetzt, um sich wenigstens noch ein paarmal satt essen zu können. Da aber kamen sie an die Stelle, an der sich heute eine der reichsten Goldminen der Erde befindet. Ihr Glück war gemacht. Bald kamen alle möglichen Goldsucher herbeigeströmt, bis schließlich die Regierung von Transvaal erklärte, daß alles Land, das nicht bereits im Privatbesitz sei, dem Staate gehöre und daß deshalb jeder Goldsucher eine Genehmigung nachsuchen müsse. Es zeigte sich auch, daß das Gold hier nicht leicht auszuwaschen war, sondern daß es aus hartem Gestein mittels besonderer Maschinen herausgebrochen werden mußte. In dieser Gegend entstand dann die Stadt Johannesburg, die bald die größte Stadt Afrikas südlich der Sahara war.

In der Geschichte der Goldfunde sind die Erlebnisse eines gewissen Jennings interessant. Vor der Zeit des Goldfunds kam er in diese Gegend, wo ihm ein Hof zum Verkauf angeboten wurde. Aber der verlangte Preis von zwölf Ochsen erschien ihm zu hoch. Nach einigen Jahren bezahlte er für denselben Hof jedoch eine halbe Million Mark! Dennoch hatte er ein sehr gutes Geschäft gemacht, denn nach wenigen Jahren war dies Gelände mit einigen später hinzugekauften Grundstücken seine halbe Milliarde wert; es ist der Platz, wo sich heute die Stadt Johannesburg erhebt.

Während es in Australien und Kalifornien Goldgräbern ergangen ist, daß sie durch einen glücklichen Fund, wenn ihnen ein großer Goldklumpen in die Hände fiel, an einem einzigen Tage zu reichen Leuten wurden, ist das Schicksal der afrikanischen Goldgräber wesentlich schwerer gewesen, weil hier das Gold in den Quarz eingekapselt ist und teure Maschinen nötig sind, um es zu gewinnen. Der private und einzelne Goldsucher hat sozusagen gar keine Möglichkeiten.

Demzufolge ist heute in Transvaal die weiße Bevölkerung in der Minderzahl. Als Grubenarbeiter werden vorwiegend die sehr kräftigen Kaffern verwendet, doch auch Hindus und Chinesen werden in großer Zahl beschäftigt.

Norbert Streiff.

Schatzgräber finden Millionenschätze

Der Schatz der Inkas lockt — Der ausgetrocknete Opfersee — Das Korallenriff bei den Bahama-Inseln

Generationen haben die Erzählung von dem Schatz auf den Kokosinseln, der von dem berühmten Piraten Thompson vergraben sein sollte, für eine schöne Legende gehalten. Dennoch zog eine Expedition nach der anderen aus, um den Schatz zu suchen. Der vierzehnten ist es bekanntlich gelungen, ihn zu finden, dank der modernen Maschinen, die man anwenden konnte. Schon jetzt sind Werte im Betrage von 200 000 Pfund gehoben worden.

Daß die Schatzgräberei überhaupt oft eine lohnende Sache gewesen ist, wissen die wenigsten, denn natürlich haben sich sehr viele erfolgreiche Schatzgräber gehütet, ihren Erfolg in die Welt zu posaunen. Einer der Glücksvögel unter den Schatzgräbern war ein gewisser William Phipps, der im siebzehnten Jahrhundert lebte. Er begann seine Laufbahn als Schiffszimmermann. Es gelang ihm dann, bei Haiti von einem gestrandten spanischen Schiff 32 Tonnen Silber in Sicherheit zu bringen, wodurch sein Glück gemacht war. Er endete seine Tage als Gouverneur der Kolonie Massachusetts.

Für die Schatzgräber vieler Jahrhunderte stellt die Westseite Südamerikas eine große Anziehungskraft dar, sind doch dort die ungeheuren Schätze der Inkas verborgen, die einst vor den gierigen spanischen Eroberern in Sicherheit gebracht werden sollten. Gleich in der ersten Zeit gelang es diesen aber, ungeheure Reichtümer wiederzufinden, und seither sind viele Millionen gehoben worden. Erst im Jahre 1904 wurde bei Chayaltaxa in Peru ein Schatz von weit über 3 Millionen Pfd. ausgegraben! Während des chinesischen Boxeraufstandes vergrub die Kaiserin von China ihren Schatz in den Frauengemächern des Sommerpalastes. Erst nach zwei Jahren wurde er wiedergefunden. Es handelte sich in diesem Falle um Werte in Höhe von über 14 Millionen Pfund.

In dem Ruf, ungeheure Schätze zu bergen, steht auch der Guatavita-See in Columbia. In diesen See haben jahrhundertelang die Chibeha-Indianer bei einer bestimmten jährlichen Festlichkeit große Mengen Gold geworfen. Eine englische Gesellschaft arbeitete jahrelang daran, diese Schätze wiederzuerlangen, indem sie den See trocken zu legen versuchte. Schließlich war sie so weit gekommen, daß nur noch eine etwa 10 Meter dicke Schlammschicht den Boden bedeckte; da brach der Weltkrieg aus, und die Arbeit wurde eingestellt. Man hatte jedoch schon allerlei wertvolle Sachen gefunden, darunter schöne Smaragde, große Bernsteinstücke und alte Töpfereien.

Auf den Bahama-Inseln wurde auch vor nicht langer Zeit ein Schatz gehoben. Eines Tages landete auf diesen Inseln ein Mann in einem Boot, dingte einige Neger und begab sich nach einem kleinen Korallenriff hinaus, das mit Buschwerk überwachsen war. Hier ließ er die Neger an einer sandbedeckten Stelle graben, und nach sechstägiger angestrengter Arbeit kam eine Truhe mit Messingverschlägen zum Vorschein, die er an Bord seines Bootes schaffen ließ. Er bezahlte die Neger und entließ sie. Dann fuhr er mit seinem Boot davon, und niemand hat wieder etwas von ihm gehört. Was die Truhe enthalten hat, weiß kein Mensch. Hoffentlich ist es dem unternehmenden Seefahrer nicht so ergangen wie jenen in einem Roman verewigten Seeleuten, die, um einen Schatz zu heben, Jahre der Entbehrung durchmachten, die sich gegenseitig totschlugen und alle möglichen Verbrechen begingen, um schließlich zu sehen, daß der angebliche Schatz nur wertloses Messing und allerlei Plunder war. Neuerdings erst hat O'Neill, der berühmte amerikanische Dramatiker, diesen packenden Stoff in einem Drama behandelt.

Werner Helling.

Pech

Aus Wien wird geschrieben:

Der Stephansdom war am Dienstag Schauplatz einer aufregenden Verbrecherjagd. Zwei Einbrecher hatten anscheinend den Landesfeiertag als besonders geeignet erachtet, um in einer Mittelstandsküche einen Einbruch zu verüben. Die Tat war aber rasch entdeckt worden. Polizei umstellte das ganze Häuserviertel und trieb die Einbrecher auf die Dächer, wo sie unter den Alarmschüssen der Wache von Dach zu Dach flüchteten, bis sie endlich gestellt werden konnten. Eine große Menschenmenge verfolgte erregt die Menschenjagd in der Höhe. Beide Einbrecher sind übel beleumundete Burschen, von denen der eine eben erst aus dem Gefängnis gekommen ist, übrigens ein ausgesprochener Pechvogel. Sein letzter Streich hatte darin bestanden, daß er vom Keller her in ein Delikatessengeschäft einbrechen wollte. Das Loch war aber zu schmal, um ihn durchzulassen. Er entledigte sich also seiner sämtlichen Kleider und warf das Bündel voran. Dadurch traf er aber ein Gestell mit Eiern, das mit großem Getöse umstürzte, so daß die Wache aufmerksam wurde. Sie verhaftete den Verblüfften, wie er noch splitternackt dastand, ein Stemmeisen in jeder Hand, übergossen mit Eigelb und bedeckt mit Eierschalen.

Genf und die Minderheiten

Von Kurt Graebe, Sejmabgeordneter

Die Minderheitenschutzverträge, denen sich die neuentstandenen Staaten nach Beendigung des Weltkrieges unterwerfen mußten, stellen die in diesen Staaten wohnenden Minderheiten aller Nationalitäten unter den besonderen Schutz des Völkerbundes, um ihnen die wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Freiheiten zu sichern. Man ging bei der Abfassung dieser Minderheitenschutzverträge mit Recht von der Auffassung aus, daß gerade in neuen Staaten, in denen die jungen Völker zur Freiheit und Selbstbestimmung kamen, der Chauvinismus sich leicht überschlägt, und daß dadurch für die Volksgruppen anderer Nationalitäten unerträgliche Bedingungen geschaffen werden könnten. Wie recht die Verfasser der Minderheitenschutzverträge mit dieser Voraussicht hatten, hat die Erfahrung der letzten 12 Jahre in allen neuentstandenen oder vergrößerten Staaten gezeigt, und so sind diese Minderheitenschutzverträge geradezu Lebensvorbedingung für alle Volksgruppen in den Fremdstaaten geworden. Trotzdem läßt es sich nicht verschweigen, daß die Formulierung der Minderheitenschutzverträge immer noch nicht ausreicht, um den beabsichtigten, aber auch notwendigen Schutz der Minderheiten zu gewährleisten, und zwar um so weniger, als der Völkerbundsrat, der sich mit diesen Fragen in erster Linie zu beschäftigen hat, nur sehr ungern an die Minderheitenfragen herangeht und sich gern dieser wichtigen, man könnte beinahe sagen, vornehmsten Pflicht, einen wahrhaften Schutz auszuüben, entzieht. Der alte zu bekämpfende Grundsatz — Politik geht vor Recht — spielt gerade in dieser Frage eine ganz besonders starke Rolle.

Den Minderheiten steht das Recht zu, Beschwerden, die sie über Verstöße gegen die Minderheitenschutzverträge vorzubringen haben, an den Völkerbundsrat zu richten und dem Generalsekretariat in Genf zuzusenden. Schon die Abfassung derartiger Beschwerden stößt auf allergrößte Schwierigkeiten, weil sie Rechtskenntnis und Beherrschung der formalen Bestimmungen voraussetzt. Jede bei dem Generalsekretariat eingehende Beschwerde wird zunächst eingehend auf ihre Annehmbarkeit geprüft, eine Gelegenheit, um unbequeme Petitionen schon vor ihrer Behandlung abzutun. Wird aber eine Petition als recevable anerkannt und angenommen, so bekommt zwar die Minderheit davon eine Mitteilung, ist aber dann meist aus dem ganzen weiteren Verfahren ausgeschaltet, wenn nicht ganz besondere Glücksumstände eintreten. Das Verfahren ist derartig langwierig, daß nicht nur Monate, sondern Jahre vergehen, ehe eine Entscheidung erfolgt; ja, der einzelne Petent kann längst gestorben sein, oder die betreffende Minderheit kann alles unrettbar verloren haben, ehe eine derartige Angelegenheit vor den Völkerbundsrat zur Behandlung gelangt.

Das Petitionsverfahren schreibt vor, daß eine Beschwerde zunächst von dem Generalsekretariat der beklagten Regierung zur Gegenäußerung zugesandt wird. Diese hat dann zwei, manchmal auch drei Monate, wenn sie bei dem Generalsekretariat besonders gut angeschrieben ist, auch noch mehr Monate für die Beantwortung Zeit. Inzwischen wird dann vom Ratspräsidenten des Völkerbundes ein sogenanntes Dreier-Komitee ernannt, in das dieser selbst einen Vertreter entsendet, und zu dem dann noch je ein Vertreter eines anderen unbeteiligten Staates hinzutreten. Diese Dreier-Komitees haben die Aufgabe, die Beschwerde eingehend zu prüfen, sind aber mehr oder weniger auf den Direktor der Minderheitenabteilung im Generalsekretariat angewiesen, da dieser alle Klagen bearbeitet und den gesamten Schriftverkehr führt. Als wesentliche Grundlagen gelten für die Dreier-Komitees die Angaben der beklagten Regierung. Selten finden sie auch von sich aus den Weg zur klagenden Minderheit, obwohl seit der Madrider Tagung des Völkerbundes dieses Recht, auch die Minderheiten zu befragen, oder sich auch sonst irgendwie Aufklärung zu verschaffen, den Dreier-Komitees ausdrücklich zusteht. Man setzt sich eben aus politischen Gründen nicht gern in Gegensatz zu einer Regierung, die ja auch im Völkerbund sitzt, und die man doch auch für diese oder andere eigene Angelegenheit später einmal brauchen könnte. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Vertreter und die Mitglieder der Dreier-Komitees nicht von gutem Willen beseelt sind, um eine Angelegenheit dieser Art ordnungsmäßig zu erledigen. Es handelt sich um ganz naturgemäße Bindungen, die in der Art des Verfahrens und den politischen Möglichkeiten liegen. Die Dreier-Komitees können auch den Wunsch ausdrücken, daß Beamte des Völkerbundssekretariats an Ort und Stelle die Sachlage prüfen. Aber auch dadurch kommt, wie die Erfahrung lehrt, so gut wie nichts heraus, da der reisende Völkerbundsbeamte Gast der beklagten Regierung ist, meist nur mit den Regierungsorganen zusammenkommt und kaum jemals auf einer solchen Reise in irgendwelche Fühlung mit der klagenden Minderheit gebracht wird. Durch die Länge und die Umständlichkeit des Petitionsverfahrens wird ein schließlicher Erfolg doch kaum noch nutzbringend, weil inzwischen vollendete Tatsachen geschaffen sind, die sich dann kaum noch wieder rückgängig machen lassen. Ueber den Ausgang einer Beschwerde erfährt die klagende Minderheit nichts, es sei denn, daß der Vorgang in dem offiziellen Journal des Völkerbundes veröffentlicht wird, was aber nur möglich ist, wenn der beklagte Staat seine Einwilligung gibt. Es ist klar, daß dieser es nur dann tut, wenn er in dem Verfahren gesiegt hat, und im Falle eines Sieges auch nur dann, wenn er sicher ist, daß die von ihm gemachten Angaben nicht widerlegt werden können. Ist eine Beschwerde abgeschlossen und das Aktenmaterial weggelegt, kann sie in derselben Angelegenheit nicht wieder aufgenommen werden, es sei denn, daß ganz besonders schwerwiegende Tatsachen wieder neu vorgebracht werden können.

An praktischen Beispielen, welche den schleppenden Gang und die Schwierigkeiten, die in dem ganzen Verfahren liegen, deutlich kennzeichnen, seien einige hier erwähnt. Im Jahre 1923 wurde in Polen das Agrarreformgesetz eingebracht, gegen das die deutsche Minderheit wegen der minderheitsfeindlichen Bestimmung sofort eine Beschwerde einlegte. Die Beschwerde blieb unberücksichtigt. Neue Beschwerden in derselben Angelegenheit in den Jahren 1926 und 1927 erlitten das gleiche Schicksal. Erst die Beschwerde aus dem Jahre 1929 fand Beachtung im Minderheitensekretariat des Völkerbundes und kam nun dadurch in die Behandlung eines Dreier-Komitees, das von ganz ausgezeichneten Männern besetzt war, die tatsächlich sich außerordentliche Mühe gaben, um diese verwickelte Materie zu entwirren und zu einer Entscheidung zu kommen. Erst im Mai 1931 kam diese Beschwerde zu einem gewissen Abschluß, der aber sehr bald zeigte, daß die Auffassung des Dreier-Komitees und die der beklagten Regierung weit auseinander gingen, was zu einer Ergänzungsbeschwerde führte. So begann das alte Spiel von neuem, bis dann schließlich die deutsche Reichsregierung als Ratsmitglied von ihrem Rechte Gebrauch machte und die Behandlung der Agrarreformbeschwerde auf der Januartagung des Jahres 1932 verlangte. Es hat nämlich jedes Ratsmitglied das Recht, Minderheitsbeschwerden, von denen es in irgendeiner Form Kenntnis erhält und die sie für lebenswichtig hält, auf die Tagesordnung einer Ratssitzung zu bringen. Es ist naturgemäß, daß von diesem Recht nur äußerst selten Gebrauch gemacht wird, selbst dann, wenn es sich um die allergröbsten Mißstände handelt; denn jeder Staat fürchtet naturgemäß die politischen Folgen einer solchen Handlung, die leicht als unfreundlicher Akt angesehen werden könnte.

Aber auch damit ist der klagenden Minderheit wenig gedient, denn die Verschleppungsmöglichkeiten sind auch dann noch erheblich. Die oben genannte Agrarreformbeschwerde wurde auf der Januartagung zunächst einmal auf die Maitagung vertagt, weil der Rapporteur, der japanische Vertreter im Völkerbundsrat, die schwierige Materie erst studieren mußte. In der Maitagung wurde im Hinblick auf die Schwierigkeit des Stoffes ein Ratskomitee unter Vorsitz dieses japanischen Vertreters eingesetzt, das nun gemeinsam die Akten studieren sollte. In der Septembertagung war noch immer keine befriedigende Formel von diesem Ratskomitee gefunden, und es wurde dort beschlossen, diese Frage auf die außerordentliche Ratstagung im November zu setzen. Inzwischen bemühte sich das Ratskomitee mehrfach, Berichte zustande zu bringen, deren Schwierigkeit darin liegt, daß beide Regierungen, d. h. die klagende und die beklagte, sie annehmen müssen. Das Produkt dieser mehrmonatigen Arbeiten war aber scheinbar so unbefriedigend, daß es die deutsche Reichsregierung, wenn sie wirklich der deutschen Minderheit in Polen helfen wollte und die ganze Beschwerde überhaupt irgendeinen Sinn haben sollte, diesen Bericht ablehnen zu müssen glaubte. Das Ergebnis war eine erneute Vertagung auf die Januartagung im Jahre 1933. Aus diesen ganz klaren Zahlen ergibt sich, daß die deutsche Minderheit in Polen um diese ihre ganze Existenz darstellenden Fragen 10 Jahre beim Völkerbund bemüht ist, nachdem irgendein Erfolg ihr bei den einheimischen Instanzen versagt war, ohne zu einem Ziel zu kommen.

Ein weitere Fall, der die Unhaltbarkeit der heutigen Verhältnisse klar zeigt, ist die Klage der Szekler (Ungarn) in Rumänien, denen ihr Land, das ihnen einwandfrei gehörte, ohne Entschädigung von der rumänischen Regierung fortgenommen war. Die Reise eines Völkerbundsbeamten auf Veranlassung des eingesetzten Dreier-Komitees, um an Ort und Stelle sich von der Sachlage zu überzeugen, hatte zur Folge, daß dieser Beamte von der rumänischen Regierung sich alle möglichen Schriftstücke vorlegen ließ, ohne daß er es aber für nötig hielt, mit einem Vertreter der Szekler in Verbindung zu treten. Dazu war die Reise zu kostspielig und völlig unnötig, denn dasselbe konnte von der rumänischen Regierung auf schriftlichem Wege erreicht werden. Als dann das Dreier-Komitee feststellte, daß tatsächlich eine Verletzung der Minderheitenschutzverträge vorlag und den Ungarn ihr Land zu Unrecht fortgenommen war, einigte man sich im Rat, ohne die Szekler darüber gehört zu haben, dahin, daß etwa ein Zehntel des fortgenommenen Landes, auf dem die Existenz der kirchlichen und kulturellen Einrichtungen dieses Volkssplitters beruhten, und eine ganz unbedeutende Entschädigungszahlung den Szeklern zurückerstattet wurde. Es ist dies eine der vielen sogenannten praktischen Lösungen, die mit dem Recht nicht in Einklang zu bringen sind.

Das Ungeheuerlichste stellt wohl aber die Behandlung der Beschwerde der Ukrainer in Galizien dar, die sich über die „Pazifizierung", die eigentlich die ganze Welt in Aufregung versetzt hatte, beschwert hatten, wobei aber vor dem Rat absolut nichts herauskam, nicht einmal eine Entschädigung für das vernichtete Volksvermögen.

Wenn unter diesen Umständen die verschiedenen nationalen Volksgruppen, die sich im Nationalitäten-Kongreß zu einem einheitlichen Kreis zusammengefunden haben und ein gemeinsames Büro in Wien unterhalten, sich dauernd in der Oeffentlichkeit über den mangelnden Schutz, den sie bei dem Völkerbundsrat finden, beklagten und eine Abänderung des Verfahrens, insbesondere die Einsetzung einer ständigen Minderheitenkommission beim Völkerbund verlangen, so ist das ein ganz naturgemäßer Vorgang, der sich aus den Erfahrungen der letzten 12 Jahre ergibt. Gelegentlich der Vollversammlung des Völkerbundes im September jeden Jahres ist fast immer in der 6. Kommission eine Debatte über diese Minderheitenfragen entfesselt worden, in der eine ganze Reihe von Staaten ihre Unzufriedenheit über die Handhabung der Minderheitenschutzverträge und die Unzulänglichkeit des Petitionsverfahrens Ausdruck gegeben haben, ohne daß man bisher zu einer Verbesserung der Lage gekommen wäre. Der Hauptgrund liegt darin, daß diejenigen Staaten, welche als Grundlage ihrer eigenen Existenz und ihres Neuaufbaues die Minderheitenschutzverträge unterzeichnen mußten, sich grundsätzlich jeder Verbesserung des Verfahrens entgegenstemmen, weil ihnen mit dieser die Möglichkeit genommen wird, die bisherige Politik gegenüber den bei ihnen wohnenden Fremdvölkern in der Form fortzusetzen, wie sie es bisher erfolgreich getan haben. Trotzdem ist festzustellen, daß sich die Zahl derer, die sich für eine Verbesserung des Petitionsverfahrens einsetzen oder die Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission wünschen, von Jahr zu Jahr vermehrt. Um die Arbeit in dieser Frage inzwischen intensiver zu gestalten und auszuwerten, hat der Nationalitäten-Kongreß seinerseits eine ständige Minderheiten-Kommission in Genf in der letzten Septembertagung konstituiert mit der Aufgabe, einerseits die petitionierenden Minderheiten bei der Einreichung und Fortführung ihrer Klagen zu unterstützen, andererseits die Minderheitenfragen als solche ebenso wie die Verfahrensfrage gegenüber den Mitgliedern des Völkerbundes vorwärts zu treiben.

In Europa wohnen rund 40 Millionen Menschen, die den Minderheiten angehören, darunter allein 14 Millionen Deutsche, die ihrerseits einen eigenen Zusammenschluß in dem Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa haben. Diese 40 Millionen Minderheiten haben ihre gemeinsame Vertretung in dem erwähnten Nationalitäten-Kongreß, in dem Volksgruppen aus allen europäischen Staaten sich befinden (außer England, Frankreich, Holland, Irland, Norwegen, Schweiz und Türkei) und deren Schwerpunkt im Osten und Südosten Europas liegt. Man müßte annehmen, daß alle diese Staaten ein Interesse daran haben müßten, allgemein gültige Grundsätze für die Behandlung der Minderheiten einzuführen. Es ist dies aber nicht der Fall, weil man sich darüber nicht klar werden will, daß eine Befriedung Europas ohne eine durchgreifende und grundsätzliche Lösung der Minderheitenfrage nicht möglich ist.

Kleine Meldungen

Paris, 4. Januar. Als in einem französischen Dorfe in der Gegend von Limoges im Departement Haut Vienne gestern ein 65jähriger Einwohner zur letzten Ruhe gebracht wurde, vernahmen die Leidtragenden plötzlich aus dem Innern des Sarges ein Klopfen. In aller Eile wurde der Sarg niedergesetzt und geöffnet. Es stellte sich heraus, daß der angebliche Tote nur scheintot gewesen war; aber die Aufregung, die sich seiner bemächtigte, wirkte dann so stark, daß der Mann trotz sofort herbeigerufener Aerzte und deren Hilfe verschied.

*

Berlin-Wittenau, 4. Januar. In der vergangenen Nacht spielte sich in dem Berliner Vorort Wittenau ein blutiges Familiendrama ab, dem zwei Personen zum Opfer fielen. Der 49jährige Molkereibesitzer Dessin wurde im Garten seines Hauses erhängt und erschossen aufgefunden. Im Hause lag der 20jährige Sohn Werner mit einer Schußwunde im Kopfe tot in seinem Bette. Sein 13jähriger Bruder Herbert lag, durch einen Kopfschuß verwundet, im Bette der Eltern. Frau Dessin wurde in der Küche neben den geöffneten Gashähnen mit einer schweren Gasvergiftung aufgefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen hat der Vater die Schüsse auf seine Söhne abgegeben. Wie verlautet, sollte heute der Konkurs über die Vermögenswerte des Molkereibesitzers eröffnet werden.

*

Siegen, 4. Januar. Zur Herbeiführung eines neuen Arbeitsvertrages sind etwa 8000 Arbeiter der Siegerländer Metallindustrie gekündigt worden.

Rund um Radetzky

Heiteres aus dem Leben des berühmten Marschalls

Zu seinem 75. Todestag am 5. Januar

Der Spieler

Von Radetzky erzählte man sich im alten Oesterreich eine Fülle von Anekdoten, die seine Spielleidenschaft betrafen. Am reizendsten ist aber die vom preußischen Militär-Attaché in Wien, dem Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, berichtete Anekdote.

Radetzky spielte in seinen früheren Jahren ebenso gern Glücksspiele wie Blücher. Er verlor oftmals beträchtliche Summen. Da ihn überdies seine geschiedene Frau und die ungeratenen Söhne viel Geld kosteten, stak er immer wieder bis über die Ohren in Schulden. Schon mehrmals hatten die österreichischen Monarchen, erst Franz I., dann Ferdinand und Franz Joseph, dem verdienten General die Schulden bezahlt. Als Radetzky aber im Jahre 1847 wieder bis an den Hals drin saß, war dem Kaiser Ferdinand der Vorschlag gemacht worden, diesmal die Schulden nicht mehr zu bezahlen. Der Kaiser schwankte, ob er „den Radetzky" verabschieden solle . . . „Weil das ja kein Ende mehr nimmt!"

Aber gegen seine Gewohnheit, sich sonst von seiner Umgebung leiten zu lassen, befahl Ferdinand, Radetzkys Schulden diesmal noch zu bezahlen. Nach den glänzenden Siegen Radetzkys in der Lombardei verkündete Kaiser Ferdinand die guten Nachrichten vom italienischen Kriegsschauplatz mit der launigen Bemerkung:

„Schaut's, jetzt war's aber doch gut, daß mer ihm noch amal die Schulden 'zahlt ham."

Marschall und Sergeant

In Mailand, wo Radetzky in der königlichen Villa als Gouverneur und Oberkommandierender seinen Wohnsitz hatte, war sein tägliches Leben streng geregelt. Er pflegte um 5 Uhr aufzustehen. Um 6 Uhr kamen die Adjutanten und erledigten die Tagesgeschäfte. Im übrigen war der ganze Tag mit der Sorge und Fürsorge für seine gute Armee ausgefüllt. Viele Vorschriften für die Truppen hat Radetzky eigenhändig niedergeschrieben.

Als ihn nun die Adjutanten eines Tages nicht in seinem Arbeitskabinett fanden, befürchteten sie, daß der alte Herr erkrankt sei. Aber auch sein Kammerdiener Carl konnte keinen Aufschluß geben. Im Zimmer sei der Herr Marschall nicht. Man suchte und fand ihn hinter einer offenen Gartenpforte auf der Straße. Er saß auf einem Eckstein, neben sich einen alten invaliden Sergeanten, mit dem er Kriegserinnerungen austauschte.

Der preußische Radetzky

Radetzky hatte eine besondere Vorliebe für alles Preußische und für jeden Preußen. Er wußte sehr gut, daß die tapfere österreichische Armee hier ihren größten Nebenbuhler hatte. Aber so war es ihm gerade recht. Wie er zum Beispiel auch seinen italienischen Gegner Carl Albert von Sardinien mit Recht keineswegs gering einschätzte.

Aber einen Preußen nahm er doch von seiner allgemeinen Vorliebe aus. Das war der alte Wrangel. Es mißfiel ihm, daß Wrangel einmal so getan hatte, als sei er der „preußische Radetzky". „Nun aber gstad!" meinte Radetzky, „dös is halt doch a Unterschied: I bin das österreichische Original."

Tiroler Knödel

Radetzky aß gern und viel. Von jedem der verschiedenen Gänge nahm er zweimal. Dabei hatte er alles andere als eine gute Wiener Küche in seiner Mailänder Hofhaltung. Sein Leibarzt Doktor Wurzian hatte ihm besonders die Tiroler Knödel verboten, weil er besorgt war, sein Schützling könnte ihm an dieser schweren Speise plötzlich einmal sterben.

Nun aß aber der Leibarzt am Donnerstag nicht mit bei der Tafel in der Villa Reale. Folglich gab es jeden Donnerstag regelmäßig Tiroler Knödel. Eine ganze Schüssel voll vertilgte der alte Haudegen mit dem größten Behagen. Sie haben ihm auch nichts geschadet, denn er ist dabei 92 Jahre alt geworden.

Der Armeelieferant Backfrieder

Zu den zur Tafel Gezogenen gehörte des öfteren auch der Armeelieferant Backfrieder, den Feldmarschall Radetzky ausnehmend gut leiden mochte. Nur eines ärgerte ihn am Backfrieder.

„Schau'ns," meinte Radetzky über ihn, „der Kerl, der Backfrieder, kommt immer und quält mi, i soll ihm mei Leichnam testamentarisch vermachen, daß er mi in seinem Park von Stockerau bei Wien begraben lassen kann. I hab's ihm auch versprochen, aber 'tan hab i's noch nit, denn i hab mir halt denkt, wann i's tu, stirb i glei, und i mag no nit."

Der Grund aber, weshalb der alte Marschall dem Backfrieder seinen Leichnam versprochen hatte, war einfach der folgende:

„Schauns — der hat viel Verdienst. Er hat meinen Soldaten immer zu essen geben. Und das merken's Eahna, zu einem braven Soldaten gehört a voller Magen, und der Soldat, der nix z'essen hat, kann halt kei Courasch mehr haben."

Die Marienburg-Festspiele, die in kurzer Zeit einen hervorragenden künstlerischen Ruf und echte Volkstümlichkeit im deutschen Osten errungen haben, sehen auf Grund einer dem Veranstalter, dem im Jahre 1921 begründeten Marienburg-Bund von der Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin in dankenswerter Weise erteilten Erlaubnis im Jahre 1933 zu Pfingsten als Marienburg-Schloß-Festspiele einer weiteren Steigerung ihrer tiefen Wirkung entgegen.

Polens Verhandlungen über neue Handelsverträge

Das Jahr 1932 endete, ohne dass Polen bisher einen der in Unterhandlungen stehenden neuen Handelsverträge auf der Grundlage des am 11. 10. 1933 in Kraft tretenden neuen polnischen Zolltarifs abgeschlossen hat. Die Verhandlungen mit Oesterreich und Italien sowie die mit dem russischen Aussenhandelskommissariat über den neuen Sowpoltorg-Aussenhandelsplan für 1933 sind der Feiertage halber unterbrochen worden. Die Verhandlungen mit Oesterreich sollen angeblich am 10. 1. 1933 in Wien wieder aufgenommen werden, wobei fraglich bleibt, ob sie dann in einem Zuge zu Ende geführt werden können. Die Meldungen verschiedener polnischer Blätter, dass zwischen Warschau und Wien ein Einverständnis wegen der von Polen zu gewährenden Zollpräferenzen und der von Oesterreich einzuräumenden Einfuhrkontingente erzielt sei, dürften den Tatsachen weit vorauseilen; auch haben verschiedene Zweige der polnischen Industrie gegen eine Reihe in Aussicht genommener polnischer Zollzugeständnisse an Oesterreich Widerspruch erhoben.

Die Mitte Dezember in Rom geführten Unterhandlungen mit Italien scheinen über eine blosse erste Fühlungnahme nicht hinausgekommen zu sein; sie sollen erst nach Abschluss der im Januar stattfindenden Genfer Arbeitszeit-Konferenz, an der der polnische Hauptdelegierte zu den Verhandlungen mit Italien teilnehmen wird, wieder aufgenommen werden. — Die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den neuen Sowpoltorg-Handelsplan hängt von der Rückkehr der russischen Delegierten ab, die über die Feiertage nach Moskau gefahren sind. Die Kontingentsverhandlungen mit Frankreich, die mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sollen Anfang Januar wieder aufgenommen werden. — Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Frankreich sind dagegen noch überhaupt nicht eingeleitet worden.

Für die zweite Januarhälfte ist die Einleitung von Handelsvertragsverhandlungen mit England in Aussicht genommen. Wie bekannt, würde Polen seinen bisherigen Meistbegünstigungsvertrag mit England gern durch einen Tarifvertrag ersetzen, doch steht noch nicht fest, ob England zum Abschluss eines derartigen Vertrages mit Polen überhaupt bereit ist. Einer Meldung der PAT zufolge hat das englische Weltblatt „Manchester Guardian" sich für einen Ausbau der Handelsbeziehungen Englands zu Polen ausgesprochen. Die Tatsache, dass Polen dreimal soviel nach England exportiere wie aus England einführe, könne nur so erklärt werden, dass die englische Wirtschaft dem neuentstandenen Staat noch nicht genügend Beachtung geschenkt habe.

Erleichterungen für die Entrichtung von Steuerrückständen

in landwirtschaftlichen Betrieben

Im März 1932 hat der Finanzminister bekanntlich eine Verordnung herausgegeben, derzufolge Erleichterungen für die Entrichtung von Steuerrückständen durch Landwirte verfügt wurde, und zwar für Rückstände aus der Grundsteuer, der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, die vor dem 1. Oktober 1931 entstanden sind. Die Erleichterungen bestanden in einer Bonifizierung der rückständigen Steuer im Verhältnis zu den geleisteten Zahlungen. Der Termin, bis zu dem diese Erleichterungen in Kraft waren, war der 1. Januar 1933.

Der Termin ist nun durch eine Verfügung des Finanzministers um weitere drei Monate verlängert worden. Diese Verordnung verlängert auch den Termin für Erleichterungen bei der Entrichtung von Rückständen aus der Wald-Danina, wobei eine Bonifizierung in Höhe von 50 Prozent der geleisteten Zahlungen erfolgt.

Weitere Preissenkungen

Gegen die von der Regierung dem Zentralverband der polnischen Industrie nahegelegte neue Senkung der Preise einer Reihe wichtiger Industrieerzeugnisse hat, wie verlautet, der Verband lebhaften Widerspruch erhoben und seinerseits die Regierung aufgefordert, in eine Herabsetzung der sozialen Lasten der Arbeitgeber einzuwilligen und in grösserem Umfange Staatsaufträge zur Belebung der Produktionstätigkeit zu vergeben. Die Regierung steht mit dem Verband in Unterhandlungen über diese Fragen, sucht aber gleichzeitig auf einzelne Industriezweige einen Druck in Richtung auf eine weitere Preisherabsetzung auszuüben. Es ist ihren Bemühungen jetzt wieder gelungen, eine Herabsetzung der Schwefelsäurepreise durchzusetzen, die für 60prozentige Ware um etwa 20 Prozent, für 97proz. Ware um 18 Prozent und für gasförmige Ware um 28 Prozent netto gesenkt worden sind.

Der Preis für Glas ist von den Produzenten um 25 Prozent gesenkt worden, der Preis für Emaillegefässe um 15 Prozent. Man erwartet noch weitere Preisherabsetzungen dieser Artikel.

Montage ausländischer Kraftwagen

Ein Fordkleinwagen für 7400 Złoty

In der polnischen Oppositionspresse ist kürzlich wieder der Lizenzvertrag der Staatl. Ingenieurwerke mit der schweizerischen Kraftwagenfirma Adolf Saurer S. A. in Arbon heftig kritisiert und die Behauptung aufgestellt worden, dass die Schweizer Firma die Ingenieurwerke nur als Experimentierwerkstatt benutze und die Aufnahme der selbständigen Kraftwagenproduktion in Polen hintertreibe. Von gut unterrichteter unparteiischer Seite wird hierzu mitgeteilt, dass zwar die Ingenieurwerke eine Reihe von Enttäuschungen hinsichtlich des Lizenzvertrages mit der Adolf Saurer S. A. erlebt haben, dass aber die Vorarbeiten für die selbständige Kraftwagenherstellung der Werke beendet und bereits verschiedene Wagen in vollem Umfange in Polen hergestellt worden seien. Dagegen wirkt sich der andere, mit den Turiner Fiatwerken abgeschlossene neue Lizenzvertrag der Werke bisher nur in der Montage aus Italien gelieferter Chassis und der wichtigsten Karosserieteile aus. Einen sicheren regelmässigen Absatz finden die in Polen montierten Fiatwagen nur beim Staat; im privaten Kraftwagengeschäft haben sie bisher trotz ihres verhältnismässig niedrigen Preises (7200 zł) keine grösseren Erfolge erzielen können. Eine ernste Konkurrenz droht ihnen von seiten des neuen „Junior Ford", der in den nächsten Wochen in Warschau herausgebracht werden und 7400 zł einschl. Zoll kosten wird. Wie verlautet, beabsichtigt die Firma Ford, im kommenden Jahre 1933 die Montage ihrer Wagen in Polen selbst aufzunehmen, während sie bisher ihre in Polen zum Verkauf gestellten Wagen in Kopenhagen montiert und komplett eingeführt hat.

Geschäftsaufsicht bei Friedenshütte aufgehoben

Die Aufhebung der Geschäftsaufsicht über die Friedenshütte in Kattowitz durch das dortige Amtsgericht ist vollzogen. Eine am 30. Dezember abgehaltene ausserordentliche Generalversammlung hat beschlossen, das Aktienkapital von 70 000 000 zł auf 50 000 000 zł herabzusetzen. Sie erfolgt durch Einziehung von 20 000 Stück Aktien. Die Aktien werden eingezogen, und für je 7 Stück eingezogene werden 5 Stück zurückgewährt. Bei der Generalversammlung war das gesamte Aktienkapital vertreten (Graf Ballestremsche Verwaltung 27 509 000 zł, Friedländer-Fuldsche Vermögensverwaltung Berlin 2 000 000 Złoty, Rudaer Steinkohlengewerkschaft 20 091 000 zł, Oberbedarf Gleiwitz 20 400 000 zł).

Einstimmig genehmigt wurde die Erteilung einer Option an den polnischen Staat seitens der Oberbedarf und der Ballestremschen Verwaltung auf Erwerb von 52 Prozent des Aktienkapitals (Nominalbetrag 26 000 000 zł). Die Optionsfrist läuft bis zum 30. Juni.

Neuer Zolltarif noch nicht im Oktober in Kraft?

Wie aus Warschau gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat die Regierung die Absicht, das Inkrafttreten des im Oktober 1932 verkündeten neuen Zolltarifs über den Oktober 1933 hinaus zu verschieben, da es nicht möglich ist, die durch diesen Tarif notwendig gewordene Revision der Handelsverträge bis zum Oktober durchzuführen. Ein neuer Termin für die Inkraftsetzung des Tarifs ist noch nicht genannt worden.

Posener Viehmarkt

(Wiederholt aus einem Teil der gestrigen Ausgabe.)

Posen, 3. Januar 1933

Auftrieb: Rinder 428 (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1652 Kälber 575, Schafe 135 Ziegen — Ferkel — Zusammen 2785.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten)

Rinder:

Ochsen:

a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	52—58
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	42—46
c) ältere	34—40
d) mäßig genährte	28—32

Bullen:

a) vollfleischige, ausgemästete	44—48
b) Mastbullen	38—42
c) gut genährte, ältere	30—36
d) mäßig genährte	26—30

Kühe:

a) vollfleischige, ausgemästete	50—56
b) Mastkühe	42—46
c) gut genährte	26—30
d) mäßig genährte	16—20

Färsen:

a) vollfleischige, ausgemästete	54—60
b) Mastfärsen	42—48
c) gut genährte	34—40
d) mäßig genährte	28—32

Jungvieh:

a) gut genährtes	28—32
b) mäßig genährtes	24—28

Kälber:

a) beste ausgemästete Kälber	64—68
b) Mastkälber	54—60
c) gut genährte	46—52
d) mäßig genährte	36—44

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	—
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	46—58
c) gut genährte	38—40

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	98—100
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	92—94
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	88—90
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	82—86
e) Sauen und späte Kastrate	76—88
f) Bacon-Schweine	—

Marktverlauf: ruhig; für Schweine leicht belebt.

Märkte

Getreide. Posen, 4. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań

Transaktionspreise:

Roggen 30 to	14.00

Richtpreise:

Weizen	21.75—22.75
Roggen	13.60—13.80
Mahlgerste, 68—69 kg	12.75—13.50
Mahlgerste, 64—66 kg	12.25—12.75
Braugerste	14.50—16.00
Hafer	11.75—12.00
Roggenmehl (65%)	21.00—22.00
Weizenmehl (65%)	35.25—37.25
Weizenkleie	7.50—8.50
Weizenkleie (grob)	8.50—9.50
Roggenkleie	8.25—8.50
Raps	44.00—45.00
Winterrübsen	40.00—45.00
Sommerwicke	13.00—14.00
Peluschken	13.00—14.00
Viktoriaerbsen	20.00—23.00
Folgererbsen	31.00—34.00
Klee, rot	90.00—110.00
Klee, weiss	80.00—120.00
Klee, schwedisch	100.00—120.00
Weizen- und Roggenstroh, lose	2.25—2.50
Weizen- u. Roggenstroh gepreßt	2.75—3.00
Hafer- und Gerstenstroh, lose	2.50—2.75
Hafer- u. Gerstenstroh, gepreßt	3.00—3.25
Heu, lose	5.00—5.25
Heu gepreßt	5.80—6.70
Netzeheu, lose	6.00—6.50
Netzeheu, gepreßt	6.75—7.40
Senf	36.00—42.00

Gesamttendenz: ruhig.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Brau- und Mahlgerste, Hafer und Roggenmehl ruhig, Weizen beständig, Weizenmehl beständiger.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 305 t, Weizen 60 t, Gerste 30 t, Hafer 15 t, Roggenmehl 30 t, Weizenmehl 15 t, Roggenkleie 30 t, Weizenkleie 15 t, Sonnenblumenkuchen 30 t.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidearten, nach Berechnung des Getreide-Warenbüros vom 26. 12. bis 31. 12. für 100 kg in Złoty.

Inlandsmärkte:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschau	25.58	15.25	16.00	15.37½
Danzig	24.36	15.66	15.92	13.15
Krakau	26.41	16.68	—	14.25
Lublin	25.00	15.83	—	14.75
Posen	21.50	13.82½	15.25	11.87½
Lemberg	26.16	15.37½	16.75	15.66

Auslandsmärkte:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Berlin	39.86	32.87	36.04	24.81
Hamburg	17.38	12.10	13.36	11.77
Prag	39.99	24.82	22.24	19.40
Brünn	40.52	23.24	20.45	17.56
Wien	43.37	28.78	32.81	21.25
Liverpool	17.31	—	—	9.97
Buenos Aires	19.06	—	—	14.32

Produktenbericht. Berlin, 3. Januar. Die Preisrückgänge am Produktenmarkte setzten sich heute auf fast allen Marktgebieten fort. Das Inlandsangebot ist allgemein stärker geworden, während die Nachfrage noch immer keine Belebung erkennen lässt. Die hiesigen Mühlen kaufen besonders vorsichtig, da infolge der Interventionen die Preisverhältnisse gegenüber den anderen Stationen wieder eine Verschiebung erfahren haben. Am Promptmarkte lauteten die Gebote für Weizen und Roggen erneut 1 RM. niedriger, und die intervenierenden Firmen dürften heute mehr Material als bisher aufzunehmen haben. Am Lieferungsmarkte kaufte die DGH, allerdings nur vorsichtig, so dass die Anfangsnotierungen bei Weizen bis 1.25 RM., bei Roggen bis 1,75 RM. unter gestrigem Schluss lagen. Weizen und Roggenmehle haben kleines Bedarfsgeschäft, obwohl die Mühlen bei Geboten zu Preiskonzessionen bereit sind. Die Konsum-Nachfrage für Hafer lässt wieder sehr zu wünschen übrig, so dass das Angebot stärker in Erscheinung tritt. Am Lieferungsmarkt betrugen die Preisverluste 2 RM., Gerste ist reichlicher offeriert und auch kaum behauptet.

Schweinenotiz. Warschau, 3. Januar. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Fleischbörse für 100 kg in Złoty loko Warschau: Speckschweine von 150 kg aufwärts 100—110, 130—150 kg 90—100; Fleischschweine 110 kg 85—90. Aufgetrieben wurden 1588 Stück.

Posener Börse

Posen, 4. Januar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 40 G, 4½proz. Dollarbriefe d. Pos. Landschaft 37 G, 4½proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Pos. Landschaft 40 G, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 53 G, 6proz. Roggenbriefe der Pos. Landschaft 5.20 G, 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 99 G, 3proz. Bau-Anleihe (Serie I) 39 G. Tendenz: ruhig.

G = Nachfr., B = Angeb., + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 3. Januar. Scheck London 17.16½, Złotynoten 57.78½, Auszahlung Berlin 122.70, Dollarnoten 5,15½.

Złotynoten wurden heute mit 57.73—84 notiert, Auszahlung Warschau mit 57.70—81. Kabel New York notierte 5.1511—1614, Dollarnoten 5.15—16. Das Pfund war wenig verändert mit 17.14½—18½ für Scheck und 17.15—19 für Auszahlung London. Auszahlung Berlin wurden ebenso wie Reichsmarknoten mit 122.20—123.20 gehandelt.

Danziger Hypotheken-Pfandbriefe lagen weiter schwach. Danziger Hafenanleihe war mit 45 zu hören.

Warschauer Börse

Warschau, 3. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.93, Goldrubel 465—465.75, Tscherwonez 0.14—0.145 Dollar.

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 123.65, Berlin 212.50, Danzig 173.25, Kopenhagen 154.40, Oslo 153.50, Prag 26.42, Stockholm 162.30, Montreal 7,85.

Effekten.

Es notierten: 3proz. Prämien-Bauanleihe (Serie I) 41—40.80, 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 102.25 bis 102.75, 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 1924 41, 6proz. Dollar-Anleihe 1919—1920 54.88—55, 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 1927 54.25—55—54,50.

Bank Polski 86.50—86—86.25 (88). Tendenz: geschäftslos.

Amtliche Devisenkurse

	3. 1. Geld	3. 1. Brief	2. 1. Geld	2. 1. Brief
Amsterdam	357.90	359.70	358.00	359.80
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	—	—	123.39	124.11
London	29.60	29.88	29.64	29.95
New York (Scheck)	8.905	8.945	—	—
Paris	34.76	34.94	34.76	34.94
Prag	—	—	—	—
Italien	45.53	45.97	45.53	45.97
Stockholm	—	—	—	—
Danzig	—	—	172.87	173.7[illegible]
Zürich	171.37	172.23	171.37	172.2[illegible]

Tendenz: behauptet.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 4. Jan. Das Fehlen neuer Anregungen und die ungeklärte innerpolitische Lage liessen zu Beginn der heutigen Börse weitere Kursrückgänge eintreten, da das Publikum sehr wenig im Markte ist und die Spekulation weiter Realisationsneigung bekundet. Auch am Rentenmarkt lässt das Anlagegeschäft weiter zu wünschen übrig, so dass man auch hier mit Kursrückgängen, wenn auch in kleinerem Ausmasse, rechnet. Nur Reichsschuldbuchforderungen lagen ziemlich behauptet. Auch Farben lagen am Aktienmarkt mit minus ⅜ Prozent relativ behauptet, da sich in diesem Papier etwas Interesse zeigte. Papiere wie Aschaffenburg Zellst., Schles. Gas, R. W. E. usw. waren 1¾—2½ Prozent niedriger, und nur für ganz wenige Spezialwerte wie Daimler und B. M. W. erhielt sich Nachfrage. Am Geldmarkt war die Situation unverändert leicht, der Satz für Tagesgeld hielt sich bei 4½ Prozent an der unteren Grenze. Auch im Verlaufe blieb das Geschäft sehr klein, die Kurse änderten sich nicht wesentlich, für Spezialwerte erhielt sich aber eher Interesse.

Effektenkurse.

	4. 1.	3. 1.		4. 1.	3. 1.
Fr. Krupp	84.00	84.12	Ilse Gen.	101.25	102.50
Mitteldt. Stahl	75.00	75.00	Gebr. Jungh.	20.00	20.00
Ver. Stahlw.	68.87	68.75	Kali Chemie	—	79.50
Accumulator	172.50	172.00	Kali Asch.	110.50	112.50
Allg. Kunsts.	47.50	46.25	Leopold Grube	39.25	40.75
Allg. Elekt.-Ge.	29.37	30.25	Klöckner-W.	44.75	44.62
Aschaffb. Zst.	28.25	30.75	Kokswerke	72.12	73.25
Bayer. Motor.	70.00	68.00	Lahmeyer	116.00	116.00
Bemberg	57.75	56.75	Laurahütte	24.00	24.00
Berger	—	139.87	Mannesmann	59.87	61.00
Bl. Karlsr. Ind.	55.50	—	Mansf. Bergb.	24.75	24.50
Braunk. u. Brk.	—	—	Masch.-Untn.	41.25	43.50
Bekula	117.50	118.25	Maximiliansh.	—	—
Bl. Masch.-Bau	35.50	36.25	Metallges.	34.00	—
Buderus Eisen	43.50	42.62	Niederls. Kohl.	—	140.00
Charl. Wasser	88.90	89.62	Orenst. u. Kop.	40.12	41.75
Chem. Heyden	56.75	57.00	Phönix Bgbau	32.00	32.87
Contin. Gummi	—	—	Polyphon	—	49.00
Contin. Linol.	—	—	Rh. Braunkohl.	184.50	187.50
Daimler-Benz	20.62	20.12	Rh. Elktr.-W.	92.00	—
Dtsch.-Atlant.	111.75	114.00	Rh. Stahlw.	71.00	70.25
Dt. Con.-Ga.-D.	106.62	109.50	Rh. Wstf. Elek.	86.75	90.00
Dt. Erdöl-Ges.	85.50	97.00	Rütgerswerke	42.25	42.87
Dt. Kabelw.	56.75	57.00	Salzdetfurth	—	167.00
Dt. Linol.-Wk.	39.50	41.00	Schl. Bbg. u. Zk.	26.12	26.50
Dt. Tel. u. Kab.	—	—	Schl. El. u. G.B.	105.25	106.75
Dt. Eisenhd.	20.50	21.00	Schub. u. Salz.	173.00	—
Dortm. Union	—	—	Schuck. u. Co.	86.75	88.00
Eintr. Br.	—	—	Schulth. Patz.	106.75	107.75
Eisenb. Verk.	—	—	Siem. u. Halske	120.12	121.75
El. Lief.-Ges.	79.12	—	Svenska	—	—
El. W. Schles.	—	—	Thüring. Gas	—	—
El. Licht u. Kr.	77.00	78.12	Tietz, Leonh.	37.75	39.50
I. G. Farben	95.87	95.00	Ver. Stahlw.	31.75	31.75
Feldmühle	65.50	—	Vogel Draht	—	31.25
Felten u. Guill.	52.50	52.87	Zellst. Verein	3.62	—
Gelsenk. Bgw.	49.75	49.50	do. Waldhof	45.25	45.75
Gesfürel	78.62	77.12	Bk. el. Werke	66.00	65.00
Goldschmidt	34.50	35.25	Bk. f. Brauind.	—	72.50
Hbg. Elkt.-W.	107.50	108.50	Reichsbank	146.75	148.12
Harbg. Gummi	—	—	Allg. L. u. Kr.	66.00	69.50
Harpen. Bgw.	82.25	83.25	Dt. Reichs.-V.	91.50	92.00
Hoesch	50.37	50.87	Hamb.-Am.-P.	16.75	17.00
Holzmann	60.00	61.25	Hansa	—	—
Hotelbetr.-Ges	52.50	—	Otavi	16.75	17.25
Ilse Bergbau	—	—	Nordd. Lloyd	17.12	17.62

	4. 1.	3. 1.
Ablös.-Schuld	63.62	64.12
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	7.50	7.80

Tendenz: abbröckelnd.

Amtliche Devisenkurse

	3. 1. Geld	3. 1. Brief	2. 1. Geld	2. 1. Brief
Bukarest	2.488	2.492	2.488	2.492
London	14.01	14.05	14.04	14.07
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	169.23	169.57	169.18	169.52
Brüssel	58.26	58.38	58.26	58.38
Budapest	—	—	—	—
Danzig	81.67	81.83	81.72	81.88
Helsingfors	6.164	6.176	6.164	6.176
Italien	21.55	21.59	21.55	21.58
Jugoslawien	5.574	5.586	5.574	5.586
Kaunas (Kowno)	41.88	41.96	41.88	41.96
Kopenhagen	72.58	72.72	72.63	72.82
Lissabon	12.76	12.78	12.76	12.78
Oslo	72.18	72.32	72.23	72.37
Paris	16.42	16.46	16.42	16.46
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	80.94	81.10	80.94	81.10
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	34.39	34.45	34.39	34.45
Stockholm	76.27	76.43	76.47	76.63
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05
Tallin	110.59	110.81	110.59	110.81
Riga	79.72	79.88	79.72	79.88

Ostdevisen. Berlin, 3. Januar. Auszahlung Posen 47.10—47.30, Auszahlung Warschau 47.10—47.30, Auszahlung Kattowitz 47.10—47.30; grosse polnische Noten 46.85—47.25.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Heinz Weber. Für die Teile aus Stadt und Land: Alfred Loake. Für den Briefkasten und Sport: Heinz Weber. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Freundin

Frau Hedwig Pankow

spreche ich hiermit allen, insbesondere Herrn Superintendent D. Rhode meinen

herzlichsten Dank aus.

Berta Zacharias.

Poznań, den 4. Januar 1933.

Massage

medizinische u. kosmetische durch ärztlich geprüfte Krankenschwester.

Von 12—3 Anmeldung. Wyspiańskie o 12. W. 7.

Tanz-Unterrichts-Institut

Mikolajczak-Kledecka, Pocztowa 29.

Beehre mich hiermit bekanntzugeben, daß ich meine

Probierstube sowie Flaschenverkauf

von **Weinen, Likören** und **Spirituosen** von der ul. Wielkie Garbary 29 nach der

ul. św. Marcin 46

in die früheren Räume von Herrn **Dyklert** verlegt habe.

Alle meine Bekannten und Gönner bitte ich ergebenst um freundliche Unterstützung.

Tel. 3934. **Józef Bohn** Tel. 3934.

Nach gründlicher Renovierung

Eröffnung am 5. Januar 1933.

Brillen, Kneifer, Lorgnetten

in großer Auswahl genau optisch der Gesichtsform angepaßt, empfiehlt

Carl Wolkowitz

27 Grudnia 9 **Diplom-Optiker** 27 Grudnia 9

Absolvent der Hochschule für Optik in Jena

Augenuntersuchungen mittels mehrerer auf streng wissenschaftlicher Grundlage konstruierter Apparate



kostenlos.

Treibriemen

Karl Lander

Leder, Kamelhaar, Hanf

Hanf- u. Draht-Seile

Poznań, ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019



Greta Garbo —— Ramon Navarro

in

„Mata Hari“

Haushaltungskurse Janowitz

Janówiec, pow. Żnin.

Unter Leitung geprüfter Fachlehrerinnen.

Gründliche Ausbildung im Kochen, Backen, Schneidern, Weißnähen Plätten usw.

Abgangszeugnis wird erteilt.

Schön gelegenes Heim mit großem Garten. Elektrisches Licht Bäder.

Der volle hauswirtschaftliche Kursus dauert 6 Monate.

Er umfaßt eine **Kochgruppe** und eine **Schneidergruppe** von je 3 Monate Dauer

Ausscheiden auch nach 3 Monaten mit Teilzeugnis für Kochgruppe oder Schneidergruppe möglich

Der Eintritt kann zu Anfang jeden Vierteljahres erfolgen.

Dauer des nächsten vollen Kursus vom 9. Januar bis 30. Juni.

Pensionspreis einschl. Schulgeld und Heizungskosten 80.— zł monatlich.

Auskunft und Prospekt gegen Beifügung von Rückporto.

Die Leiterin.

Jahres-Wandkalender 1933

auf starkem Kartonpapier.

Preis 30 Groschen

zu haben in der Geschäftsstelle des

POSENER TAGEBLATTES,

Zwierzyniecka 6.

Speisekartoffeln

liefert franko Keller Poznań

Otto Gedde, Tarnowo Podg.

Butter weiter billiger!

Feinste Tafelbutter aus pasteurisiertem Rahm ½ kg zł **1.40**

Frische Tischbutter ½ kg zł **1.30**

Fa. M. Miczyńska

Inh. Carl Piątkowski

Gegr. 1872. Poznań Tel. 36-58.

Plac Św. Krzyski 3.

Spezialgeschäft für Butter, Eier und Käse.

Hebamme Kleinwächter

erteilt Rat und Hilfe

ul. Romana Szymańskiego 2

I. Treppe links,

(früher Wienerstraße)

in Poznań im Zentrum

2. Haus v. Pl. Św. Krzyski (früher Petriplatz).

Suche sofort ein **Klavier** zu kaufen

Off. mit Preisang. unter **4235** a. d. Geschäftsst. d. Zt.

Zephir- Kammgarn- **Wolle,** Wollgarn. Wolle mit Seide für Handarbeiten u. Trikotagen. Große Auswahl!

Niedrige Preise!

En gros! En détail!

Przemysł Wełniany, Poznań, św. Marcin 56, I. Stock.

Hasen ohne Fell Stück **3,25**

Hasen } Rücken Keulen Läufe

Fasanen, Perlhühner

Enten, Gänse Hühner

empfiehlt

Josef Glowinski

Poznań, Gwarna 13.

Überschriftswort (fett) ———— 20 Groschen
jedes weitere Wort ———— 12 „
Stellengesuche pro Wort ———— 10 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

An- u. Verkäufe

Berufs-Kleidung 3.90

weiße Kleider-Schürze mit Aermeln, **Berufs-Kittel mit Aermeln von 4.40.** Berufs-Kittel, Kleiderschürzen Bedienungskleid und Hausschürzen m. Aermeln und ohne Aermel in allen Formen, Servierhauben, Servierschürz., Bedienungsschürzen, Herren - Berufs-Kleidung: für Aerzte, Drogisten Kolonialwarenhändler, Fleischer und Bäcker in großer Auswahl in allen Größen ständig auf Lager empfiehlt zu sehr niedrigen Preisen Leinenhaus u. Wäschefabrik

J. Schubert,

vormals Weber

ul. Wrocławska 3.

(früher Breslauerstraße).

Gebrauchter

Herren-Sattel

falls gut erhalten und preiswert, zu kaufen gesucht. Angeb., enthalt. Alter, Herkunft, Beschreibung d. Sattels unter 4466 an die Geschst d. Zeitung erbeten.

---

2 Bücher - Regale

à 2 m lang

Ladentische

2 und 4 m lang, zum Selbstkostenpreis zu verkaufen. Off. u. **4334** an die Geschst. d. Ztg.

Gut und billig

Herren- und Damenkonfektion, Pelze, Joppen, Hosen kaufen Sie am günstigsten nur bei **Konfekcja Męska,** Wrocławska 13

Astreine Seiten

prima Qualität, 13 und 20 mm stark, **verkauft zu konkurrenzfähigen Preisen**

Tartak

M. Perkiewicz, Ludwikowo, p. Mosina.

Tiermarkt

Dackel

langhaarig, reinrassig rotbraun, 16 Wochen alt **zu verkaufen. Stck. 25 zł** Off. unter 4444 an die Geschst. d. Zeitung.

Möbl. Zimmer

Zwei Zimmer

für einen Herrn billig zu vermieten. Rzeczpospolitej 3 II, W. 7

Zimmer

für 2 Personen, evtl. mit Pension. Dąbrowskiego 36. W. 7.

Zimmer

möbliert, elektrisch. Licht. Wielka 17, W. 10 Part.

Pensionen

2—3 Schüler

gute, billige Pension 1—4. Pocztowa 15, Wohn. 3.

Ein schönes Heim — ist doppelt gelebt!

Auch der möblierte Herr kann sich zu Hause wohl fühlen, wenn er mir — der „Kleinen Anzeige“ seine Sorgen anvertraut. In allen Gegenden habe ich Beziehungen, und allen Ansprüchen in Miet- und Vermietungsfragen trage ich Rechnung, denn überall kennt man mich und überall wendet man sich an mich — die „Kleine Anzeige“.

Anzeigenannahme täglich von 8 ... bis 18 Uhr.

Stellengesuche

Bescheidenes, ehrl.

Mädchen

mit Kochkenntnissen sucht Stellung. Offert. unter 4434 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Perfekte

Schneiderin

empfiehlt sich nur in besseren Häusern. Off. unter 4461 a. d. Geschst d. Zeitung.

Nähe

in und außer dem Hause. Milnikel Marsz. Focha 81, W. 8.

Suche Stellung als

Vogt

48 J. alt, mit zwei starken Hofgängern. Gute Zeugnisse vorhanden. Mit guten Landbearbeitungskenntnissen und Zuckerrübenbau. Offert. unt. 4463 a. d. Geschst. d. Ztg.

Evangel. Mädchen

gewandt im Kochen, Plätten u. Handarbeiten sucht Stellung im kinderlosen Stadthaushalt vom 15. Januar od. 1. Februar 1933 Zuschriften unter 4457 an die Geschst. d. Zeitung.

Oberschweizer

30 J. alt, von Jugend an im Beruf, mit besten Fachkenntn. und guten Zeugn., sucht ab 1. April 1933 Stellung zu größ. Herde, Abmelke- oder Zuchtstall, da in beiden gut bewandert. Gefl. Off. erbittet

A. Pruchniewski

Gorzewo, p. Ryczywół, pow. Oborniki.

Ldw. Beamter, evgl., 28 J. alt, 10 J. Praxis, der poln. Spr. mächtig, in hies. ungekündigter Stellung 6 Jahre tätig, sucht bald oder später Stellung als

1. oder alleiniger Beamter

Offerten unter 4459 an die Geschst. d. Zeitung.

Konditor

27 J. alt, mit langjähriger Praxis, sucht von sofort Stellung. Ort gleichgültig. Off unter 4465 a. d Geschst. d. Ztg.

Tüchtiger

Oberschweizer

42 Jahre alt, gesund und nüchtern, m. guten Zeugnissen, in einer Stelle 8 Jahre, sucht Stelle vom 1. April 1933 zu 50—200 Kühen, gleichgültig ob Abmelk- oder Herdbuchstall.

Ignacy Dudek

Kruszwica Grodztwo, pow. Mogilno.

Gesucht z. 1. April verheirat. mit eigenen zwei Hilfskräften

1. Schäfer

für Stammschäferei mit besten Zeugnissen,

2. Viehfütterer

der Melker ist, für Herdbuchherde, mit besten Zeugn. Lebenslauf, Gehaltsfordg., Adr. früh. Chefs einsenden.

E. Kujath-Dobbertin in Dobrzyniewo p. Wyrzysk, Stat. Osiek.

Gärtner

sucht ab sofort od. 1. April selbständ. Stellung auf einem Gute. Vertraut mit allen Gärtnerarbeiten, 28 J. alt, unverheiratet. Offerten unter 4464 a. d. Geschst. d. Ztg.

Gutsgärtner

Bienenwirt, 12 Jahre Praxis, tüchtiger Fachmann, sucht Dauerstellung in intensiver Gutsgärtnerei, sofort od. später. Offerten unter 4462 a. d. Geschst. d. Ztg.

Lehrerin

mit Gymnasial- u. Seminarmatura sucht Stellung als Hauslehrerin Angeb. unter **4455** a. d. Geschst. d. Zeitung erbeten.

Offene Stellen

Suche z. 15 Januar evtl. 1. Februar wegen Verheiratung der jetzigen nicht zu junge **Wirtin,** ehrlich, fleißig, zuverlässig, sparsam, erfahren in allen Zweigen eines größeren Landhaushalt., perfekt in feiner Küche, Einwecken, Geflügelwirtschaft. Zeugnisse, Gehaltsansprüche einsenden.

Frau Annemarie Hagena

Koninko, p. Gądki.

Verschiedenes

Leder-, Kamelhaar-, Balata- u. Hanf

Treibriemen

Gummi-, Spiral- u. Hanf-Schläuche, Klingeritplatten Flanschen und Mannlochdichtungen, Stopfbuchsenpackungen, Putzwolle, Maschinenöle, Wagenfett empfiehlt

SKŁADNICA

Pozn. Spółki Okowiciane Spółdzielnia z ogr. odp.

Technische Artikel

POZNAŃ

Aleje Marcinkowskiego 26

Bürsten

Pinselfabrik, Seilerei

Pertek

Detailgeschäft, Pocztowa 16.

Fahrräder



beste Fabrikate, billigst OTTO MIX Poznań, Kantaka 6a.

Schmerzlos

verschwinden „Hühneraugen“, „Hornhaut“ nur durch „Kikiriki“ Unendliche Anerkennungen.

„Drogerja“ Kucharski Podgórna 6.

Trauringe



in Gold, glatt und graviert Paar von 12 zł. Armbanduhren von 16 zł mit Garantie



empfiehlt Chwiłkowski, Poznań, Św. Marcin 40